Saar-Freund

Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt des Bundes der Saar-Vereine

Nummer 5 · 7. Jahrgang · Berlin, 1. März 1926

HOOVER WAR LIBRARY

Unsern toten Helden zum Gedenken!

Von Eisenbahninspektor Th. Klein, Münster i. Westf.

1914.
Ein Sommer, hell und sonnenklar,
Stolz zog der Held
Voll Mut ins Feld.
Das war!

1918.
Ein Herbst so nebelgrau und trüb,
Ein Grab im Sand
Im fremden Land.
Das blieb!

Nein, es blieb mehr: jene kameradschaftliche Treue, die wir denen schuldig sind, die als Werdende und Hoffnungsreiche in langen und ernsten Kriegsjahren mit uns gestrebt und gelitten, jene engste Brüderlichkeit, die uns jahrelang mit denen verband, die da alles gaben für das deutsche Vaterland, jene treue Kameradschaft, die uns neben eisernem Tatwillen auch in diesen schicksalsschweren Nachkriegsjahren allein wieder aus den Niederungen der Knechtschaft auf die lichte Höhe der Freiheit wird führen können.

Das Schicksal hat im Weltkriege gegen uns entschieden. Unser armes Vaterland hat heute noch immer Demütigung, Kriegslasten und harte Entbehrungen zu ertragen. Die Blutopfer der Millionen haben die für uns unglückliche Entscheidung nicht verhindern können. Aber wenn auch in der Wirrnis dieser düsteren Tage der Ausweg ins Freie schwer zu erkennen ist, wenn auch der steinige und entbehrungsvolle Weg, den wir unter täglich neuen Opfern gehen müssen, die höchste Anspannung aller geistigen und körperlichen Kräfte fordert, wenn wir ihn überwinden und aus der Tiefe heraus finden wollen, wenn wir auch immer wieder dem Schicksal grollen, wir können und werden die Leistungen unseres Volkes und die Opfer unserer teuren Toten keinen Tag vergessen können. Sie leben in unseren Herzen, sie werden fortleben in unserem Volke und in der Geschichte.

Deutschland ist noch mit dem verächtlichen Falschurteil belastet, daß es den Krieg gewollt und herbeigeführt habe. Die Nebel der Lüge beginnen zu zerreißen. Wir sind es unseren Toten schuldig, nicht zu ruhen, bis dieses Urteil beseitigt und uns Gerechtigkeit vor der Welt widerfahren ist. Erst dann wird es möglich sein, an die Wurzel der noch bestehenden nationalen Verbitterung heranzukommen und eine wahrhaft friedliche Atmosphäre über Europa sich entwickeln zu lassen.

... Gräber im Boden der Heimat, Gräber in fremder Erde. Mancher Vollendete schläft daheim unter grünem Hügel aus, zu dem wir allezeit und alltag Erinnerungsgrüße tragen können. Gar viele, viele Werdende aber und Hoffnungsreiche sind in fremdes Land gebettet und nur der Wind, der aus der Heimat weht, und nur die Sonne, die auch über der Heimat steht, grüßen kosend und heimlich die taugetränkten Gräber unserer Teuren. Darüber aber schwebt der unsterbliche Genius der Menschheit: Die Treue zum Vaterland.

Die Lebenden grüßen die Toten, die Jünglinge und Männer, die Blut und Leben ohne Bedenken für Volk und Nation hingegeben haben. Wir danken ihnen die Treue und den Opferwillen für unser Vaterland und wir wollen das heilige Erbe pflegen, das sie uns übermacht haben: Treue um Treue — und die ernste Mahnung:

„Nimmer wird das Reich zerstöret,
Wenn ihr einig seid und treu!"

*

Wie im ganzen übrigen Deutschland, so hat auch das Saargebiet am Volkstrauertag, dem 28. Februar, unserer gefallenen Helden aus dem Weltkrieg gedacht. Es liegt in der Eigenart der Saardeutschen, die von Kindheit an dazu erzogen wurden, den deutschen Helden aus den Spichern-Tagen des Jahres 1870 ein ehrendes Andenken zu bewahren, und ihre Ruhestätten im Saarbrücker Ehrental sowie die Kriegergräber auf den Spicherer Höhen in Ordnung zu halten und zu schmücken, daß sie der treuen Toten auch aus dem Weltkrieg in ehrender, dankbarer Erinnerung gedachten. Trotz des regnerischen Wetters war die Beteiligung der Saargebietsbevölkerung an diesem Volkstrauertag außerordentlich stark. Um die Mittagsstunde klang ein viertelstündiges Gedächtnisläuten durch das ganze Land. In Saarbrücken fanden vor den Toren der Stadt im Ehrental, wo die Gefallenen der Schlacht von Spichern ruhen, und auf den Ehrenfriedhöfen der Gefallenen aus dem Weltkrieg Trauerfeiern statt, bei denen Ansprachen hielten Dr. Schlich, Pfarrer Reichard und Rabbiner Dr. Jakob. Von der Regierungskommission nahmen an der Feier das deutsche Mitglied Koßmann und das tschechische Mitglied Dr. Vezenski teil.

Aus manchen Orten des Saargebiets wird berichtet, daß der Trauerzug zu den Friedhöfen größer als jemals gewesen sei. Sämtliche Sport-, Theater, und Kinoveranstaltungen waren eingestellt, eine Maßnahme, zu der sich bekanntlich die Preußische Regierung nicht hatte bereit finden können. Fast alle Häuser hatten halbmast geflaggt.

*

Wenn das deutsche Volk einen Tag im Jahre bestimmt, an dem es gemeinsam seiner Gefallenen gedenkt, die hinausgezogen sind, Vaterland, Freiheit und Recht zu verteidigen, dann wird dieser gemeinsame Trauertag ein Mittel sein, es hinauszuheben über kleinliches Gezänk des Tages, es zusammenzuschließen und durch diesen Zusammenschluß zu stärken im Kampf für die eigene Freiheit und die Befreiung der noch unter Fremdherrschaft lebenden Volksgenossen.

Otto Andres,
Oberlandesgerichtsrat, Vorsitzender des Bundes der Saarvereine.

Eine entscheidungsreiche Ratssitzung über Saarfragen.

Ein Ueberrumpelungsversuch der Saarregierung.

In der Presse wurde in diesen Tagen die Tagesordnung für die am 8. März beginnende Ratssitzung des Völkerbundes veröffentlicht. Danach befinden sich unter den 26 Punkten folgende Saarfragen:

1. Wahl des Präsidenten und der Mitglieder der Regierungskommission,
2. Ausgestaltung der Gendarmerie und Anwesenheit französischer Truppen,
3. Vorbereitung der Volksabstimmung.

Berichterstatter für die Saarfragen ist der italienische Ratsvertreter Scialoja. Die Beschlußfassung des Völkerbundrats besonders über die ersten beiden Punkte haben diesmal entscheidende Bedeutung. Aus französischer Quelle erhält man jetzt ebenfalls die Bestätigung, daß eine Wiederwahl des bisherigen Präsidenten der Saarregierung des französischen Staatsrats, Rault, nicht in Frage kommt. Der bekannte französische Abgeordnete Ferry erklärte dieserhalb im Auswärtigen Kammerausschuß, „daß der Verlust der Präsidentschaft in der Saarregierung mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs im Saargebiet als ein Mißerfolg zu werten sei." Briand soll nach einer Mitteilung des „Avenir" erwidert haben, „daß jetzt auch für andere Mitglieder der Saarregierung die Zeit gekommen sei, den Vorsitz einzunehmen. Im Versailler Vertrag habe man nicht die Notwendigkeit eines ständigen französischen Vorsitzenden festgelegt. Er, Briand, könne daher jetzt nicht darauf bestehen, die Präsidentschaft immer dem französischen Vertreter zu überlassen."

Diese Erklärung Briands, wenn sie in dieser Form erfolgt sein soll, würde in mehrfacher Beziehung von Bedeutung sein. Die Bemerkung, daß jetzt auch für andere Mitglieder der Saarregierung die Zeit gekommen sei, den Vorsitz einzunehmen, läßt sich leicht dahin auslegen, als ob man in Frankreich nunmehr keine Bedenken mehr trage, der Saarregierung die Erfüllung ihrer Aufgaben unter einem nichtfranzösischen Vorsitzenden zu überlassen, weil, so kann man die Worte Briands auffassen, die ununterbrochene sechsjährige französische Präsidentschaft alle Voraussetzungen geschaffen hat, das französische Interesse im Saargebiet sicherzustellen. Aus den Worten Briands klang trotzdem ein lebhaftes Bedauern darüber, daß man in Versailles nicht für die Dauer eine französische Präsidentschaft für die Saarregierung festgelegt hat. Festzustellen bleibt aber, daß die Saarregierung für ihre auf 15 Jahre berechnete Verwaltungstätigkeit mehr als ein volles Drittel dieser Zeit unter französischem Vorsitz stand, so daß, wenn nunmehr ein regelmäßiger Wechsel unter den Mitgliedern der Saarregierung eintreten würde, für die übrigen Mitglieder nur eine zweijährige Präsidentschaft in Frage kommen könnte. Obwohl Briand zugeben muß, daß der Versailler Vertrag nicht die Notwendigkeit eines ständigen französischen Vorsitzenden vorsieht, findet er trotz der so oft betonten Vertragstreue und trotz Locarno kein Wort der Entschuldigung dafür, daß Frankreich in der Frage der Saarpräsidentschaft nicht dem Geiste der Saarstatutsbestimmungen entsprechend handelte.

Was die Nachfolgeschaft Raults betrifft, so ist hierüber eine Entscheidung offenbar noch nicht gefallen. Die letzten Nachrichten hinterlassen aber den Eindruck, daß ein Franzose für die Präsidentschaft diesmal tatsächlich nicht in Frage kommt. Mit ziemlicher Bestimmtheit wird, allerdings aus englischer Quelle, das kanadische Mitglied, Herr Stephens genannt. Herr Stephens selbst hat auf Anfrage erklärt, „daß er zur Sache nicht im Besitz näherer Informationen sei und sich auch nicht weiter zu der voraussichtlichen Kandidatur für die Präsidentschaft der Regierungskommission äußern könne". Also diplomatische Reserve, aber kein Dementi. Im Saargebiet scheint man mit ziemlicher Sicherheit mit der Ernennung Herrn Stephens zum Präsidenten der Saarregierung zu rechnen. In England bringt man der Frage auch größte Aufmerksamkeit entgegen. Im englischen Unterhaus wurde Chamberlain in der Angelegenheit interpelliert, worauf dieser in seiner bekannten diplomatischen Undurchdringlichkeit erklärte: Ich denke, es ist nicht unwahrscheinlich, daß irgendwelche Veränderung vorgeschlagen werden wird, die der britische Vertreter bereit sein würde, zu unterstützen." Mit dieser Antwort kann man selbstverständlich nichts anfangen.

Neben Herrn Stephens wird in der saarländischen Oeffentlichkeit auch Herr Lambert, das belgische Mitglied, als Präsidentschaftskandidat genannt, oder richtiger: er hat sich selbst als solcher bezeichnet. Von gut unterrichteter Saarbrücker Seite erfährt man jedenfalls, daß Herr Lambert außerordentliche Anstrengungen macht, um sich den Präsidentenposten zu sichern. Er soll erklärt haben, falls ihn der Völkerbundsrat nicht mit der Präsidentschaft betrauen würde, werde er sein Amt in der Regierungskommission dem Rate zur Verfügung stellen. Lambert, der der Regierungskommission seit ihrem Bestehen angehört, begründet seinen Anspruch damit, daß er nach dem Ausscheiden des Präsidenten Rault das dienstälteste Kommissionsmitglied sei. Die Drohung Herrn Lamberts mit seinem Rücktritt hat natürlich im Saargebiet geradezu sensationell gewirkt, man war erschüttert — vor Lachen! Herr Lambert, der unentwegte Sekundant des Herrn Rault, denkt offenbar nur an seine Person, um die Wünsche und Beschwerden der Saargebietsbevölkerung hat er sich jedenfalls nicht gekümmert. Jedenfalls hat er es nicht verstanden, in der langen Zeit, auf die er sich beruft, nicht die geringste Anstrengung gemacht, sich das Vertrauen der Bevölkerung zu erwerben. Zudem hat Herr Lambert überhaupt keinerlei Anspruch darauf, etwa noch einmal ernannt zu werden. Nach § 17 Absatz 2 des Saarstatuts werden „die Mitglieder des Regierungsausschusses auf ein Jahr ernannt. Ihr Auftrag kann erneuert werden". Der Auftrag des Herrn Lambert ist fünfmal erneuert worden, ohne daß er sich in all diesen 6 Jahren irgendwie im Sinne seines Völkerbundsauftrages angestrengt hätte. Er war Herrn Rault stets ein untergebenes Mitglied in der Kommission, ohne auch nur einmal den Versuch zu machen, diesem in seiner Verwelschungspolitik entgegenzutreten. Im Gegenteil, wo es möglich war, französische gegen saardeutsche Interessen auszuspielen, da hat es Herr Lambert mit Fleiß und Ueberzeugung getan. Die Frachtvergünstigungen für die Saarkohle, die nach Frankreich geht, sind sein Werk, die Freikarten aller französischen Besatzungsangehörigen für die Saarbahnen hat er bis heute aufrecht erhalten und in dem Millionendefizit der Saarbahnen stecken neben den genannten Tarifausfällen jene Summen, die Frankreich bei Truppentransporten auf den Saarbahnen schuldig zu bleiben für richtig hielt. Aus alledem ergibt sich, daß die Saargebietsbevölkerung gar keinen Wert darauf legt, Herrn Lambert als getreuen Vasallen Frankreichs wiederum als „neutrales" Regierungsmitglied aufgehängt zu erhalten.

Daß es im übrigen Zeit ist, die Augen aufzuhalten und sich keinen übertriebenen Illusionen hinzugeben, ergibt sich aus einer Genfer Meldung des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes, wonach die Saarfragen diesmal gleich zu Beginn der Ratstagung verhandelt werden sollen. Im Saargebiet hat man daraus den Schluß gezogen, daß beabsichtigt sei, die Saarfragen in Genf zu erledigen, bevor Deutschland seinen Ratssitz einnehmen und an den Entscheidungen teilnehmen kann. Zu dieser Befürchtung kommt, wenn man gewisse Vorgänge beachtet, die mit Punkt 2 der in Genf zur Verhandlung stehenden Saarfragen in Verbindung stehen. Dieser Punkt, der sich auf die Gendarmerie und auf die französische Besatzung bezieht, erhält durch einen Bericht des Präsidenten Rault an den Völkerbund eine geradezu sensationelle Bedeutung. Der Bericht behandelt die Frage des Ausbaues der örtlichen Gendarmerie und berührt dabei auch die französische Saarbesatzung. Obwohl § 30 des Saarstatuts irgendwelchen Heeresdienst verbietet und zur Auf-

rechterhaltung der Ordnung nur die Bildung einer örtlichen Gendarmerie vorschreibt, hat die Regierungskommission all die 6 Jahre hindurch die verschiedensten Ausflüchte gemacht, um die Bildung eines örtlichen Gendarmeriekorps für das Saargebiet zu verzögern. Hinter dieser Taktik verbarg sich nichts anderes als der Versuch, auf diesem Wege die französische Saarbesatzung auf die Dauer aufrecht zu erhalten.

Als dann schließlich vor Jahresfrist der Völkerbundsrat ernstlich auf den Ausbau der Gendarmerie drängte, arbeitete die Regierungskommission einen Plan über die Bildung der örtlichen Gendarmerie aus. Dieser beschäftigte den Völkerbundsrat zuletzt am 13. März v. J. Darin wird ein Gendarmeriekorps in der Stärke von 3000 Mann für notwendig erachtet, um die Aufrechterhaltung der Ordnung zu gewährleisten. Chamberlain hielt demgegenüber in der betreffenden Sitzung eine Stärke von 1000 Mann für die Gendarmerie für ausreichend, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit im Saargebiet sicherzustellen und damit die Voraussetzung für die restlose Zurückziehung der französischen Saarbesatzung zu schaffen. Präsident Rault wurde dann auch beauftragt, zu prüfen, ob diese Zahl von 1000 Mann nicht ausreichen würde, damit spätestens am 1. April 1926 das französische Militär von der Saar zurückgezogen werden könnte.

In seinem Bericht, der in diesen Tagen dem Völkerbund zugegangen ist, kommt Herr Rault auf diese Anregung des Völkerbundsrats zurück und erklärt, daß die örtliche Gendarmerie am 1. April 1926 1005 Mann umfassen werde, daß aber damit alle Möglichkeiten eines Ausbaues der Gendarmerie sowohl aus Gründen der Landesfinanzen wie auch aus Gründen des Mannschaftsersatzes erschöpft seien. Er hält auch weiterhin eine Gendarmerietruppe von 3000 Mann beim „Eintreten außergewöhnlicher Fälle" für notwendig. Da diese im Saargebiet nicht aufzubringen seien, müßte die Regierungskommission sich das Recht vorbehalten, die außerhalb des Saargebietes stationierten Truppen nötigenfalls unverzüglich und unter ihrer eigenen Verantwortung ins Land zu rufen. Dabei beruft sich Herr Rault auf „das Recht der Kommission", die Bestimmungen des Saarstatuts selbst auszulegen.

Nachdem Herr Rault sich außerdem in seinem Bericht über die Zurückziehung der französischen Saartruppen überhaupt nicht äußert, ergibt sich in dieser Frage somit die folgende Lage: Der Präsident der Regierungskommission hält entgegen der Auffassung Chamberlains und der Saargebietsbevölkerung an seiner Auffassung fest, daß 3000 Mann Gendarmerie für Aufrechterhaltung der Ordnung im Saargebiet notwendig seien. Da diese nicht aufzubringen sein sollen, **läßt er die Frage der französischen Saarbesatzung in der Schwebe und nimmt außerdem für sich das Recht in Anspruch, jederzeit außerhalb des Saargebiets stationierte fremde, d. h. französische Truppen gegebenenfalls zur Polizeidienstleistung ins Saargebiet zu rufen.**

Gegen eine solche Rechtsanmaßung und -auslegung der Bestimmungen durch die Regierungskommission muß auf das allerentschiedenste von deutscher Seite Verwahrung eingelegt werden, da es sich hierbei nicht nur um eine völlig willkürliche Auslegung der Saarstatutsbestimmungen, sondern auch um eine beabsichtigte weitere Vertragsverletzung seitens der Regierungskommission handelt. Das Saargebiet untersteht lediglich in der Verwaltung dem Völkerbund, während es staatsrechtlich und territorial zum Deutschen Reiche gehört. Der Völkerbund hat bei Uebertragung der Verwaltung an die Regierungskommission niemals daran gedacht, dieser Kommission das Recht einzuräumen, in diesem neutralen Völkerbundsgebiet französische Truppen mit Polizeiaktionen zu beauftragen; das um so weniger, als Frankreich in der Saarfrage Partei ist und mit der Verwendung französischer Truppen im Saargebiet ein Druckmittel auf die freie Willensbestimmung und Meinungsäußerung der Saargebietsbevölkerung in der Hand hat, das dem neutralen Charakter der Völkerbundsverwaltung widerspreche. Welche Folgen es haben müßte, wenn der Völkerbund einer solchen Interpretation der Saarstatutsbestimmungen zustimmen würde, ergibt sich allein schon durch den Hinweis auf die mit dem Saarstatut vorgesehene Volksabstimmung. Die Regierungskommission bzw. Frankreich werden sich auf den Standpunkt stellen, daß die Durchführung dieser Volksabstimmung polizei-politisch einen „außergewöhnlichen Fall" darstellt, der nach ihrer Auslegung die Notwendigkeit ergibt, „außerhalb des Saargebietes stationierte fremde Truppen ins Saargebiet zu rufen". **Frankreich würde dann ähnlich wie bei der Abstimmung in Nordschleswig, in Oberschlesien und bei der vorübergehenden Besetzung des Memelgebietes die Möglichkeit haben, unter dem Druck der französischen Militärmacht, also durch Einschüchterung allein infolge der Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet die Volksabstimmung zu seinen Gunsten zu beeinflussen.**

Daß auf die Beeinflussung der Volksabstimmung in französischen Kreisen auch heute noch größter Wert gelegt wird, ergibt sich mit aller Deutlichkeit aus einer Auslassung des bekannten Saarpropagandisten Jean Revire im „Journal de l'Est", die sich mit dem Fall des Ausscheidens Frankreichs aus dem Saarpräsidium befaßt. Seine Ausführungen laufen auf die Forderung hinaus, daß, wenn mit dem Ausscheiden des französischen Saarpräsidenten dessen Einfluß auf die französische Propaganda im Saargebiet geschmälert wird, an seine Stelle die Generaldirektion der Saargruben treten werde, „die viel wirksamer als ein durch Rücksichten auf den Völkerbund gehemmter Saarpräsident als rein französische Instanz rücksichtslos die französischen Ansprüche auf das Saargebiet verteidigen könne". Jean Revire unterstreicht dieses Geständnis noch durch folgende Worte: „Solange wir die Saargruben besitzen und noch einige Jahre vor uns haben, um uns ihrer klug zu bedienen, wird die Saarfrage für uns nicht verloren sein."

Diese Ausführungen in Verbindung mit dem Bericht Herrn Raults über das „Recht der Kommission", die Bestimmungen des Saarstatuts selbst auszulegen, läßt deutlich erkennen, nach welcher Richtung hin die französische Propaganda ihr Ziel im Saargebiet zu erreichen gedenkt. Man versucht, der Saarregierung in der Frage der Heranziehung französischer Truppen zur Unterstützung der örtlichen Gendarmerie das alleinige Bestimmungsrecht zuzuerkennen. Das künftige französische Mitglied in der Saarregierung — wie aus amtlichen französischen Kreisen verlautet: der jetzige Generalsekretär der Regierungskommission Morize — wird in engster Zusammenarbeit mit der Generaldirektion der Saargruben stehen, die es in der Hand hat, Zustände im Saargebiet zu schaffen, die als „außergewöhnliche Fälle" angesehen werden können, weil die Generaldirektion der Saargruben sich auf den Standpunkt stellen wird, daß eine „Gefahr für die Sicherheit der Saargruben" besteht. Sie wird in solchen Fällen durch das französische Kommissionsmitglied den Antrag auf Heranziehung französischer Truppen zum Schutze der Saargruben stellen, und Frankreich wird einen solchen Antrag nach jeder Richtung hin unterstützen. Für solche Möglichkeiten will man jetzt die Voraussetzungen schaffen, so daß, selbst wenn der Völkerbundsrat im März die Zurückziehung der französischen Besatzung von der Saar beschließen sollte, das Saargebiet ständig von neuen französischen Truppeninvasionen bedroht sein wird.

Diese Hinweise dürften genügen, darzutun, welche Gefahr ein Beschluß des Völkerbundrates in sich birgt, wenn er sich die Argumentation des Herrn Rault in der Frage der Auslegung der Saarstatutsbestimmungen zu eigen macht. Es wird des energischsten Einwands Deutschlands bedürfen, um diese Gefahr zu beseitigen und um den Völkerbund vor einem neuen Vorwurf der Illoyalität zu bewahren.

Saar — Locarno — Genf.

Im Saargebiet hat man mit zunehmender Beunruhigung die Vorgänge verfolgt, über die seit vier Wochen die in- und ausländische Presse in der Frage der Umgestaltung des Völkerbundrates berichtet. Wohl selten sind so schnell Illusionen zerstört worden, wie im Falle der Locarno-Rückwirkungen. Was in Locarno in schönen, wohlgesetzten Reden, was in London beim „Trunk aus dem Liebesbecher" angedeutet, zugesichert und erwartet wurde, hat sich zu einem zweifelhaften Duftgebilde entwickelt. Der „Geist von Locarno" ist ein Begriff geworden, über den man auf der einen Seite spöttelt und dessen Anwendung auf der andern Seite als Verhöhnung angesehen wird. Gewiß, die erste Rheinlandzone ist inzwischen geräumt worden, jedoch, was viele zu vergessen scheinen, nicht auf Grund des Locarno-Paktes, sondern in verspäteter Durchführung vertraglich festgelegter Bestimmungen. Auch das Besatzungsregime im Rheinland und die Methoden der Rheinlandkommission sind in einigen Nuancen andere geworden, und entsprechen trotzdem noch kaum dem, was von vornherein vertragsmäßig festgesetzt worden ist. Ueber die Hauptpunkte, die den Geist von Locarno erst als den Anbruch einer neuen Zeitepoche, als den Ausdruck des Willens zur Herstellung unserer Beziehungen zwischen den einstmals feindlichen Staaten ansprechen lassen, wird seit Monaten in Paris und Koblenz verhandelt. Bisher mit sehr geringem Erfolg. Das festzustellen ist um so notwendiger, als dieses negative Ergebnis der deutschen Bemühungen, den Geist von Locarno zum Leben zu erwecken, sich ja gerade auch im Saargebiet besonders deutlich zeigt.

Welche Hoffnungen hatte man im Saargebiet auf den Abschluß des Locarno-Paktes gesetzt! Wir haben von vornherein davor gewarnt, sich allzuweitgehenden Hoffnungen hinzugeben, wir haben dabei den selbstverständlichen Standpunkt vertreten, daß man nichts Unmögliches verlangen dürfe. Daß aber die Auswirkungen von Locarno für das Saargebiet so vollständig ergebnislos sein würden, und daß der von deutscher Seite erfolgte Schritt zur Anmeldung für den Völkerbund durch ein diplomatisches Intrigenspiel unerhörtester Art gegenstandslos gemacht werden soll, das ist eine Erscheinung, die uns denn doch in Erstaunen setzt.

Am 16. Februar befaßte sich der „Vorwärts", dem man Völkerbundsfeindlichkeit bestimmt nicht vorwerfen kann, mit der Frage des polnischen Anspruches auf einen ständigen Ratssitz und behandelte darin das eigenartige Spiel, das hierbei die französische Regierung und der französische Ministerpräsident betreibt. Er sagte hierzu unter anderem:

„Selbst wenn Briand mit der Unterstützung der polnischen Wünsche keine unfreundliche Absicht gegen Deutschland hegte, sondern lediglich eine an sich begreifliche Bündnispflicht gegen Polen erfüllte, so würde dennoch die Wirkung einer solchen Haltung im deutschen Volke ganz unvermeidlich eine andere sein. Man würde mit der ostentativen Schaffung eines polnischen Gegengewichts gegen Deutschland im Völkerbundsrat einen Akt der Unfreundlichkeit und des Mißtrauens gegen Deutschland erblicken, der geeignet wäre, die ganze moralische Bedeutung des Beitritts Deutschlands zu gefährden, und die neue Aera des Völkerbundes, die mit dem Eintritt des besiegten Deutschland eingeleitet werden sollte, mit der Maske des Argwohns und der Engherzigkeit von vornherein zu belasten. Briand meint vielleicht, er würde den polnischen Bundesgenossen eine große Freude bereiten, wenn er ihm zur Erfüllung seines Wunsches verhülfe. Das mag ihm aber gesagt werden, daß er damit vor allem einem Teil des deutschen Volkes eine große Genugtuung verschaffen würde: nämlich den Gegnern des Völkerbundes, den Deutschnationalen und Kommunisten, die schon heute in Schadenfreude über einen solchen Hereinfall der Locarno-Parteien schwelgen.

Das Blatt befaßte sich dann mit der Frage des Vorkriegssystems der „Gruppierung", von dem Lloyd George in einem offenen Brief an die „Times" gesprochen hatte, und von dem auch in der Rede des britischen Außenministers Chamberlain in der ausländischen Presse in London die Rede war. Chamberlain hat in der ganzen Frage des polnischen Anspruchs auf einen ständigen Ratssitz bisher eine so eigenartige Rolle gespielt, daß man billigerweise daran zweifeln kann, ob er sich bei seinen Entscheidungen von rein sachlichen Erwägungen im Interesse des Völkerrechts und der Völkerversöhnung leiten läßt. Auch der „Vorwärts" ist mit der Haltung Chamberlains durchaus nicht zufrieden, die in vielen Punkten und Redewendungen vieldeutig sei.

Wir sind von vornherein auf Grund der praktischen Anwendung des Völkerbundgeistes im Saargebiet nicht begeisterte Anhänger dieses Völkerbundes der Entente gewesen, und empfinden trotzdem keine „große Genugtuung über das Verhalten Briands". Auch die Saargebietsbevölkerung selbst hat dem Völkerbund stets ein nicht geringes Maß von Mißtrauen entgegengebracht, das um so weniger beseitigt werden konnte, als die Vorgänge im Saargebiet das Ansehen des Völkerbundes von Jahr zu Jahr mehr erschüttern mußte. Gelegentlich unserer Bundestagung in Hannover ist von einem Mitglied des Saarlandesrats, dem langjährigen Gewerkschaftsführer und jetzigen Direktor Karius, als Auffassung eines großen Teiles der Saargebietsbevölkerung zum Ausdruck gebracht worden, daß Deutschland seine Entscheidungen über den Beitritt zum Völkerbund nur vom Gesichtspunkt der gesamtdeutschen Politik ohne Rücksicht auf das Saargebiet treffen dürfte. Diese Auffassung ist im Saargebiet von verschiedenen Parteien ausdrücklich wiederholt worden und selbst während der Locarno-Verhandlungen hat eine Saardelegation den deutschen Delegierten in Locarno zum Ausdruck bringen lassen, daß Deutschland seine Entscheidungen lediglich nach dem Gesamtinteresse der deutschen Politik treffen dürfe.

Nachdem nach sehr langen und sorgsamen Erwägungen die deutsche Regierung sich schließlich im Einverständnis mit einer parlamentarischen Mehrheit für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund entschlossen und dementsprechend die Anmeldung vollzogen hat, als daraufhin in immer deutlicherer Absicht die französisch-polnischen Bestrebungen auf Vermehrung der Ratssitze im Völkerbund zugunsten Polens und anderer franzosenfreundlicher Staaten bekannt und erörtert wurden, da begann man auch in den Kreisen unbedingter Völkerbundsanhänger allmählich daran irre zu werden, ob im Völkerbund wirklich eine Politik im Geiste seiner Statuten getrieben wird. Ein solches Intrigenspiel, wie es nach der deutschen Völkerbundsanmeldung von seiten gewisser Völkerbundstaaten zutage trat, hatte niemand erwartet. Aber selbst wenn Deutschland, der ihm zugesicherte Ratssitz allein zugesprochen wird, muß es fraglich erscheinen, ob dann der deutsche Einfluß wird so sich geltend machen können, wie es in vielen Kreisen angenommen wurde. Mitte Februar befaßte sich die sozialdemokratische „Volksstimme" in Danzig mit der Frage des deutschen Einflusses auf die Entscheidungen des deutschen Völkerbundsrats nach seiner Zugehörigkeit zum Völkerbund. Das Blatt behandelt die Frage, wie sich die Dinge mit einem deutschen Ratsvertreter im Völkerbund für Danzig gestalten würden. Es kommt dabei zu der Schlußfolgerung, daß „es irrig wäre anzunehmen, daß der Vertreter des Deutschen Reiches im Völkerbundsrat der ständige Rechtsanwalt Danzigs sein sollte. Es wäre für Danzig schädlich, wenn der Eindruck herrschen sollte, daß Deutschland in jedem Falle ohne Prüfung sich gegen Polen aussprechen wird." Setzen wir für Danzig Saargebiet und für Polen Frankreich, dann spricht das sozialdemokratische Danziger Blatt das aus, was wir vor Jahren bereits in Erwägung zu ziehen empfahlen, und weshalb man uns in gewissen Kreisen des Saargebiets nationalistischer Tendenzen bezichtigte. Wir sagten damals, daß eine Entscheidung des Völkerbundsrates, wenn ihm erst Deutschland angehört, in der Saarfrage, die nicht der Auffassung der Saargebietsbevölkerung entspräche, leicht im Saargebiet den Eindruck aufkommen lassen könnte, als kümmere sich der deutsche Vertreter nicht genügend um die deutschen Saargebietsinteressen, oder als würde er seine Entscheidung gegen die Saargebietsinteressen treffen, wenn er dafür auf anderem Gebiete scheinbar größere Vorteile eintauschen könnte. Es wird nicht so sein; der Eindruck aber wird, wenn die Machtverhältnisse sich im Völkerbundsrat durch die französisch-polnischen Bestrebungen noch mehr zugunsten Frankreichs verschieben sollten, in der Saargebietsbevölkerung entstehen.

Nach neueren Meldungen über die Behandlung des deutschen Aufnahmegesuchs und die Entscheidung über den ständigen deutschen Ratssitz vertrat man vielfach die Meinung, daß der deutsche Ratsvertreter bereits an der ordentlichen Märztagung des

Völkerbundrats teilnehmen wird. Auf dieser Tagung soll bekanntlich die Neuernennung der Mitglieder der Regierungskommission für das Saargebiet und die Bestellung eines neuen Präsidenten der Saarregierung erfolgen. Deutschland würde, wenn die erwähnten Nachrichten zutreffen, bereits an dieser Entscheidung teilnehmen. Es würde sich dann vielleicht schon zeigen, von welchem Einfluß die Mitberatung des deutschen Vertreters im Rate sein wird. Bekanntlich hat aber zwischen Chamberlain und Briand vor etwa vier Wochen in Paris eine vertrauliche Besprechung stattgefunden, über deren Inhalt authentisch nichts bekannt geworden ist. Kombinationsmeldungen sprechen davon, daß sich Chamberlain Briand gegenüber, in der Frage des polnischen Ratssitzes zwar nicht gebunden aber doch in gewissem Sinne freundschaftliche Zusicherungen gegeben habe. Man wird auch andere Fragen, darunter auch die Saarfrage berührt haben. Vor einem Jahre hat bekanntlich eine vertrauliche Sitzung beider Staatsmänner dazu geführt, daß Chamberlain Briand die Zusage machte, Herrn Rault als Staatspräsidenten ein weiteres Jahr zu bestätigen. Die Art, wie bisher Völkerbundspolitik auf dem Wege derartiger vertraulicher Besprechungen gemacht wurde, läßt immerhin die Möglichkeit zu, daß sich beide Völkerbundsvertreter „freundschaftliche Unterstützung" zugesagt haben.

Aber noch eine zweite Frage von grundsätzlicher Bedeutung wäre auf der Märztagung des Völkerbundrates zu klären und endlich zu liquidieren, nämlich die Frage der französischen Besatzung. Aus einem Bericht der Regierungskommission an den Völkerbund geht hervor, daß die Saargendarmerie am 1. März 1926 1005 Mann umfassen wird. Vor einem Jahre, am 13. März 1925, hat die Frage des Ausbaus der Saargendarmerie den Völkerbundsrat ziemlich eingehend beschäftigt. Damals legte Präsident Rault dem Völkerbundsrat einen Bericht über die Entwicklung der Gendarmerie in Verbindung mit der Finanzlage vor. Er erklärte, daß er und seine Kommissionskollegen sich entschlossen hätten, den Stand für die lokale Gendarmerie auf 3000 Mann festzusetzen. Leider sei es aber mit Rücksicht auf den Mangel an geeigneten Leuten nicht möglich, diesen Stand zu erreichen, so daß eine völlige Zurückziehung der französischen Saartruppen nicht durchführbar sei. Dieselbe Auffassung vertritt Herr Rault auch jetzt in einem Brief an den Völkerbund, in dem er wiederum 3000 Mann notwendig bezeichnet. Da aber ein so starker Ausbau der Gendarmerie nicht möglich sei, müßte sich die Regierungskommission für diese Fälle auf französische Truppen stützen. Das heißt also, daß Herr Rault durch diesen Bericht die Basis dafür schafft, die französische Saarbesatzung auch über den 1. April 1926 hinaus im Saargebiet zu belassen.

Da es nicht unwahrscheinlich ist, daß bei der Entscheidung über diese Frage bereits ein deutscher Vertreter im Völkerbundsrat sitzen wird, so darf man wohl die Erwartung haben, daß dieser auf die Unhaltbarkeit der Raultschen Begründung hinweisen wird. Er wird sich dabei auf den Standpunkt Chamberlains stützen können, der im vorigen Jahr eine lokale Gendarmerie in der Stärke von 1000 Mann für ausreichend hielt, die Ruhe und Ordnung im Saargebiet aufrecht zu erhalten, so daß für die französische Saarbesatzung keinerlei Gründe mehr gegeben sind. Der deutsche Vertreter wird sogar in der Lage sein, mit den eigenen Argumenten die These des Herrn Rault von der Notwendigkeit der französischen Saarbesatzung zu erschüttern, da er in seinem Bericht eine Gendarmeriestärke von 3000 Mann lediglich „zur Aufrechterhaltung der Ordnung in außergewöhnlichen Fällen" für erforderlich hält. Welcher Art diese „außergewöhnlichen Fälle" sein sollen, die eine solche Stärke der lokalen Polizei erforderlich machen sollen, gibt Herr Rault diesmal nicht an. Wenn er aber, wie er es in früheren Fällen mehrfach getan hat, dem Völkerbund suggerieren möchte, die Saargebietsbevölkerung bzw. die Saarbergleute könnten vielleicht einen Angriff auf die Saargruben ausführen, so bedeutet das zunächst eine ungeheuerliche Unverschämtheit und zum andern eine nach zwei Seiten hinkende „Begründung" seiner Behauptung, die französische Saarbesatzung müsse bleiben. Die Saargebietsbevölkerung, wie vor allem die Saarbergleute, wissen genau, daß die Saargruben ihre Brotquelle sind, die Saarbergleute vor allem wissen, daß die Saargruben nur vorübergehend französisches Eigentum sein werden, da sie nach der Volksabstimmung wieder in deutsches Eigentum übergehen werden. Die Saarbergleute sind aber viel zu gute Bergknappen und viel zu treue Deutsche, als daß sie die Saargruben als Arbeitsstätte und als deutsches Nationaleigentum durch irgendeine unbedachte Handlung in Gefahr bringen würden. Deshalb sind die früheren Aeußerungen des Herrn Rault von den Saarbergleuten als unerhörte Beleidigung empfunden worden.

Es besteht somit kein Zweifel, daß die Argumentation des Herrn Rault über die Notwendigkeit einer 3000 Mann starken Gendarmerie bzw. bei einem Istbestand von 1000 Mann die Notwendigkeit der Beibehaltung der französischen Saarbesatzung nichts weiter als eine faule Ausrede zur Verschleierung seiner wirklichen Absichten, nämlich der französischen Saarpolitik mit Aufrechterhaltung der Saarbesatzung Vorschub zu leisten. Man darf daher erwarten, daß der deutsche Vertreter im Völkerbundsrat in Uebereinstimmung mit der Aeußerung Chamberlains vor einem Jahre nachweisen wird, daß der jetzige Stand der Saargendarmerie in Höhe von 1005 Mann nach jeder Richtung hin ausreichend ist, die Ordnung im Saargebiet aufrecht zu erhalten, so daß spätestens mit dem 1. April die französische Saarbesatzung zurückgezogen werden muß.

Man wird gespannt darauf sein müssen, zu welcher Entscheidung der Völkerbundsrat in dieser Frage kommen wird. Sollte er sich die Auffassung Chamberlains vom vorigen Jahre diesmal nicht zu eigen machen, so würde er damit erneut den Beweis erbringen, daß er lediglich die Interessen Frankreichs zu unterstützen wünscht.

Wer wird Saarpräsident?

Stephens nach London abgereist.

Die verschiedentlich verbreiteten Nachrichten, daß das kanadische Mitglied der Saarregierung, Stephens, zum Nachfolger Raults in der Präsidentschaft der Saaregierung in Frage kommen dürfte, gewinnen an Wahrscheinlichkeit durch eine Nachricht aus Saarbrücken, wonach Herr Stephens am 25. Februar nach London abgereist sei. Es ist selbstverständlich, wenn diese Reise mit der Frage der Nachfolgeschaft Raults in Verbindung gebracht wird.

In politischen Saarkreisen ist man vielfach der Meinung, daß eine solche Lösung der Präsidentschaftsfrage zwar nicht ideal, wohl aber annehmbar sei. Wenn Herr Stephens sich auch nicht völlig dem französischen Einfluß entziehen konnte, so habe er doch für die Wünsche der Saarbevölkerung ein offenes Ohr gehabt, wobei in beiderseitigem Interesse lag, daß Herr Stephens sich mit der Bevölkerung an der Saar in deutscher Sprache unterhalten konnte. Nicht einverstanden mit Herrn Stephens ist die Sozialdemokratische Partei des Saargebiets, wie sich aus einer von ihr an den Völkerbund gerichteten Denkschrift ergibt. Darin verlangt die Partei die Uebertragung der Präsidentschaft an ein nichtfranzösisches und dem Völkerbund ideal ergebenes Regierungsmitglied, die Abberufung des jetzigen Präsidenten Rault und des belgischen Ministers Lambert. Sie sieht in der Uebertragung der Präsidentschaft an den von gewisser Seite vorgeschlagenen Kanadier Stephens keine ideale Lösung der Präsidentschaftsfrage.

Wie die „Neunkirchener Zeitung" aus Paris erfährt, soll in dortigen politischen Kreisen als Nachfolger des französischen Mitgliedes und derzeitigen Präsidenten der Regierungskommission des Saargebiets Herr Rault neben dem Generalsekretär des früheren Generalkommissariats in Straßburg, Cacaud, der frühere Berghauptmann der Saargruben, Frantzen, genannt werden. Frantzen war mehrere Jahre im Saargebiet und obwohl er der Völkerbundsregierung des Saargebiets unterstellt war, wurde er von der französischen Regierung anläßlich des Ruhreinbruches zum Leiter der Micum berufen. Wir glauben daher kaum, daß man es wagen wird, diesen Mann, dessen Gewaltmethoden gegen die Ruhrgebietbevölkerung und vor allem gegen die deutschen Kohlen- und Industriewerke des Ruhrgebiets bekannt sind, als „neutrales" Mitglied in die Völkerbundskommission für das Saargebiet zu stecken. Das müßte von der Saargebietsbevölkerung als Herausforderung allerschärfster Art empfunden werden.

Was das Saargebiet fordert!

Hierüber schreibt Val. Schäfer in der Saarbr. „Volksstimme" u. a.:

Auf der Tagesordnung der ersten Ratssitzung am 8. März steht an erster Stelle die Ernennung der Regierungskommission des Saargebietes. Den Mitgliedern des Rats sind die Wünsche der Bevölkerung in dieser Frage seit Jahren bekannt. Daß die Präsidentschaft des Herrn Rault nicht mehr erneuert wird, gilt hier als eine feststehende Sache. Trotzdem hat sich die Sozialdemokratische Partei auch diesmal wieder in einer besonderen Denkschrift an den Völkerbundsrat gewandt, worin sie das Verlangen nach einer anderen Besetzung der Regierungskommission noch einmal eingehend begründet und gleichzeitig den Ratsmitgliedern unter Darlegung der heutigen Zustände im Saargebiet eine Reihe Vorschläge zur Verbesserung der Verwaltung macht.

Der Franzose Rault hat es während seiner sechsjährigen Präsidentschaft nicht verstanden, in Kontakt mit der Bevölkerung zu kommen. Das mag u. a. darauf beruhen, daß er nicht ein einziges Wort deutsch zu sprechen vermag. Das gilt ebenfalls für das belgische Kommissionsmitglied Lambert, dessen Amtszeit auch bereits sechs Jahre währt. Für Arbeiterfragen fehlt Herrn Lambert, dem die ganzen Staatsbetriebe unterstehen, jedes Verständnis. Deshalb würde es in erster Linie die Arbeiterschaft begrüßen, wenn gleichzeitig mit Herrn Rault auch Lambert ausscheiden würde. In der sozialdemokratischen Eingabe an den Völkerbundsrat wird dieses Verlangen ausgesprochen und gleichzeitig damit die Uebertragung der Präsidentschaft an ein nichtfranzösisches Regierungsmitglied gefordert.

An die in den letzten Tagen wiederholt genannte kanadische Kandidatur knüpfen nach Schäfer die schwerindustriellen Kreise die Hoffnung, daß das heutige Regierungskommissionsmitglied, der Kanadier Stephens, zum Nachfolger Raults berufen würde. Für die große Masse der Bevölkerung, die Saararbeiterschaft, wäre das keine ideale Lösung der Präsidentenfrage.

Bei den mündlichen Verhandlungen der wiederholt von der saarländischen Sozialdemokratie nach Genf entsandten Delegationen, insbesondere im September 1925, haben die Ratsmitglieder einschließlich Briand und Robert Cecil durchweg weitgehende Saargebietsforderungen gemacht, zu deren Einlösung es — na, sagen wir einmal — wohl infolge starker Inanspruchnahme von „größeren" politischen Aufgaben bis jetzt nicht gekommen ist.

Die jetzige sozialdemokratische Denkschrift stellt noch einmal der Reihe nach die wichtigsten Forderungen heraus. Sie verlangt die Gewährung des passiven Wahlrechts an alle Einwohner des Saargebiets (bis heute haben es nur die hier geborenen), die Erweiterung der Rechte des Landesrates. (Immunität der Abgeordneten, Initiativ- und Beschlußrecht des „Parlaments".) Weiter wird, trotz des letzten Berichts der Regierungskommission nach Genf, die baldige, restlose Zurückhaltung des französischen Militärs gefordert. Dieses Verlangen ist nicht nur im Versailler Vertrag begründet, nach dem an der Saar keinerlei Militärdienst stattfinden darf, es ist auch gerechtfertigt durch die Anwesenheit von 1950 Mann Polizei, Gendarmerie und Grubenwächtern.

Der § 24 des Saarstatuts (Teil 3 des Versailler Vertrages) sichert der Arbeiterschaft ausdrücklich ihre „wohlerworbenen Rechte auf Pensionen und Renten". Das Saargebiet ist jedoch auf diesem Gebiete seit seiner Abtrennung vom Reiche sehr zurückgeblieben. Die Pensionäre und Sozialrentner haben von ihren Bettelpfennigen mit Millionenverlusten für diesen vertragswidrigen, unsozialen Zustand büßen müssen. Dem heutigen Verlangen der Arbeiterschaft, die Sozialversicherung der des übrigen Reiches anzupassen und sie aus den Händen des beurlaubten französischen Berghauptmanns (!) Vaudeville herauszunehmen und ihre Leitung einem sozial-fortschrittlich gesinnten, deutschen Beamten zu übertragen, wird der Völkerbundsrat dieses Mal wohl oder übel stattgeben müssen.

Deutsche und französische Bergverwaltung der Saargruben.

Die Erörterung über die Zukunft der Saargruben ist mit den bekannten Veröffentlichungen des Deputierten Uhry wieder in den Vordergrund getreten und wird namentlich auf französischer Seite lebhaft geführt. Die Presse behandelt dort die Frage eingehend und nimmt die Darstellung Uhrys in allen Teilen als blanke Münze. Auch in deutsche Blätter ging manche Aeußerung des Abgeordneten über, die der Wahrheit bei näherer Prüfung nicht Stich hält. Neben der von der deutschen Presse sofort abgetanen Forderung einer Summe von 3½ Milliarden Goldmark für den Rückkauf bei einem wirklichen Wert von 340 Millionen Goldmark entwirft der patriotische Franzose auch ein grell zugunsten der heutigen französischen Verwaltung gefälschtes und rosenrot gefärbtes Bild über die Art und Menge der Kohlenförderung an der Saar. Ihm entstammt auch wohl manches Lob vom Sieg des französischen Geistes und der überlegenen Technik gegenüber der ehemaligen deutschen bergamtlichen Verwaltung. Uhry selbst schrieb in der „Ere Nouvelle" über den Saarbergbau: „Man erzeugt sehr viel Kohle, viel mehr als in deutscher Zeit. An der Saar betrug die Erzeugung sieben bis acht Millionen Tonnen jährlich. Die französische Leitung hat die Einrichtungen modernisiert, den Saarbrücker Hafen ausgebaut und erzeugt jährlich ein Minimum von 15 bis 20 Millionen Tonnen. Das macht eine Einnahme von 1105 Millionen Franken."

Der ehemaligen deutschen Bervverwaltung schulden wir es, hier der Wahrheit zu ihrem Recht zu verhelfen und damit zugleich die Prahlerei von der überragenden Tüchtigkeit der Franzosen in Art und Menge der Förderung abzutun. Ueber die angeführte Modernisierung bedarf es keiner Worte. Jeder weiß Klagelieder anzustimmen über die geradezu jämmerlich verlotterte Abbaumethode. Wenn Menschen schweigen, würden versinkende Dörfer und Bahndämme reden und die sich stets erhöhende Unfallziffer Anklage erheben. Ueber die Förderung selbst entscheiden niemals tönende Worte. Das nüchterne Zahlenmaterial entschleiert das kühn gezeichnete Bild. Unzweideutig und unanfechtbar führt es die Ruhmrederei der welschen Phrase auf das richtige Maß zurück.

Trifft es zu, daß unter französischer Leitung „jetzt sehr viel Kohle, viel mehr als in deutscher Zeit gefördert wird?" Unter deutscher Verwaltung nach Uhry sieben bis acht und unter den Franzosen 15 bis 20 Millionen Tonnen? Wie steht es damit?

Nach dem von den Mines Domaniales herausgegebenen Saarbrücker Bergmannskalender für das Jahr 1926 (Seite 172) betrug die Gesamt-Nettoförderung im Jahre 1924:

	Netto Steinkohlenförderung t	Koksproduktion t	Belegschaft Ende Dez. 24 Mann
einschl. verpachtete Gruben	14 032 118	216 099	72 007
Dazu Belegschaft der verpachteten Gruben Frankenholz und Reisweiler		etwa	2 000
Summe	14 032 118	216 099	74 007
Stellen wir diesen Zahlen jene aus der preuß.-bayer. Zeit gegenüber, wie sie der Bergmannskalender 1915 angibt. Danach betrug die Förderung an verwertbaren Steinkohlen im Etatsjahr 1913 ...	13 260 415	250 410	56 870
Franz. Förderung	ein Mehr von 771 703	ein Minus v. 34311	ein Mehr an Belegsch. 17137

Aus den vorstehenden Zahlen sind indessen zutreffende Rückschlüsse noch nicht angängig, da die verkürzte Arbeitszeit der Nachkriegszeit um eine Stunde ausgeglichen werden muß. Es ist also von

der deutschen Jahresförderung von	13 260 415 t
etwa ein Achtel abzurechnen, das sind	1 657 552 t
Es verbleibt sodann ein deutsches Förderplus von . .	11 602 863 t

Wird diese Förderung auf die Belegschaft von 56 870 Mann verteilt, so ergibt sich auf den Kopf der Belegschaft eine Förderung von 204 Tonnen. Teilt man dagegen die 14 032 118 Tonnen französische Förderung durch die Belegschaftsziffer von 74 007 Mann, so ist nur eine Durchschnittsförderung von 189,6 Tonnen zu verzeichnen, mithin 14,4 Tonnen weniger auf den Kopf der Belegschaft als 1913.

Wo bleibt denn da das gewaltige Förderplus? Wo sind die 15 bis 20 Millionen Tonnen Saarkohle gegenüber den sieben bis acht Millionen Tonnen in deutscher Zeit?

Die Modernisierung der Franzosen besteht wohl lediglich in einer beispiellosen Raubbaupolitik, die bisher durchschnittlich einen Reingewinn von 20 Millionen Goldmark erzielte. Modern

ist auch, daß statt 75 Beamte in deutscher Zeit 487 Beamte auf der Direktion der Saargrubenverwaltung heute beschäftigt sind. Die Zahl der französischen Ingenieure beträgt gegenwärtig 148, früher genügten neun. Der gesamte Beamtenapparat wuchs von 1400 auf 2500 Mann, außer dem nichtbeamteten weiblichen und männlichen Personal. Der Gehaltsetat kletterte von vier auf zehn Millionen Goldmark. Modern ist auch, daß die Bergarbeiter durch die Franzosen mit Hungerlöhnen abgefunden : erden und die sozialen Leistungen fortwährend zu den bittersten Klagen Anlaß bieten.

Uhrys Darstellung und ihre Kommentare in der französischen Presse lassen den Schluß zu, als ob unter deutscher Verwaltung die Bergbeamten und Bergleute an der Saar elende Stümper ihres Fachs gewesen seien und es sei erst den französischen Ingenieuren vorbehalten gewesen, den Saarbergbau zur Höhe seiner Leistungsfähigkeit zu führen. Der Wahrheit ist mit vorstehenden Ausführungen auf Grund unwiderleglichen Zahlenmaterials zu ihrem Rechte verholfen. Die Stümper sind auf der westlichen Seite zu suchen und zu finden und die Tüchtigkeit geht, wie überall, auch auf diesem Gebiet mit den Deutschen.

„Saargänger" in Not!

„Saargänger", was sind das für Leute? So wird sich vielleicht mancher zunächst fragen, wenn er die Ueberschrift liest. Nun, „Saargänger" sind Angestellte und Arbeiter, die nicht in dem durch den Versailler Vertrag abgegrenzten Saargebiet wohnen, sondern in den daran angrenzenden Ortschaften zu Hause sind, aber seit vielen Jahren meistens im eigentlichen Saargebiet arbeiten. Durchweg arbeiten diese Leute auf den Gruben. So wohnen z. B. von den rund 74 000 Saarbergarbeitern etwa 9500 außerhalb des Saargebietes, davon knapp die Hälfte in preußischen Kreisen, die Hälfte in der bayerischen Pfalz und rund 700 in dem zum Freistaat Oldenburg gehörenden Birkenfeld. Sie alle, sowie auch die 3000—4000 in den Hüttenwerken und anderen Betrieben des Saargebietes Beschäftigten, die im Randgebiet wohnen, leiden seit mehr als zwei Jahren besonders große Not. Sie nimmt mit dem Sinken des Kurses des französischen Franken immer mehr zu, weil diese Leute in Franken entlohnt werden für ihre Arbeit, sie aber — insbesondere dann, wenn sie für eine Familie zu sorgen haben — den weitaus größten Teil ihrer Ausgaben in ihrem Heimatswohnort, der außerhalb des Saargebietes liegt, in Reichsmark bezahlen müssen. Hinzu kommt noch, daß sie entweder für die Führung eines doppelten Haushaltes — weil die Entfernung zwischen Wohnort und Arbeitsstelle so groß ist, daß sie nicht täglich hin- und zurückfahren können — oder, wenn dies infolge günstig liegender Zugverbindungen möglich ist, für die Arbeiterfahrkarte Ausgaben haben, die in Anbetracht der ohnehin schon nicht ausreichenden Löhne geradezu unerträglich sind und nicht selten ein Fünftel des ganzen Lohnes ausmachen. Dabei erhöht sich z. B. der Preis für die Arbeiterfahrkarte fast unmittelbar mit und in der Höhe der Entwertung des Franken, während die Löhne nur ganz allmählich und längst nicht im Verhältnis zur Frankenentwertung steigen bzw. gestiegen sind. Tatsächlich bleiben auch dem vollwertigen Bergarbeiter, dem Hauer, der auf einer Saargrube arbeitet, nach Abzug der allgemeinen Versicherungsbeiträge und der sonstigen üblichen Abzüge und des Fahrgeldes durchweg monatlich nur 500—550 Franken, alles in allem einschließlich der sozialen Zulagen also nur ein Lohn von etwa 75—80 Reichsmark monatlich. Wie wenig das ist, zeigt ein Vergleich mit der im Reiche gewährten, an sich sicherlich nicht hohen Arbeitslosenunterstützung, die für einen Erwerbslosen mit Frau und zwei Kindern immerhin aber monatlich 80 Reichsmark beträgt. Ein großer Teil der „Saargänger" bleibt aber noch unter 500—550 Franken Reinlohn, weil er nicht zur Hauerklasse gehört. Es ist den „Saargängern" daher ganz unmöglich, mit dem Arbeitslohn auch nur die allernotwendigsten Kosten der Lebenshaltung zu bestreiten. Eine Verlegung des Wohnsitzes in eine der Arbeitsstelle näher gelegene Ortschaft ist auch nicht angängig, weil es hierfür an Wohnungen mangelt und neue Wohnungen in einem irgendwie ins Gewicht fallenden Umfange nicht errichtet werden können, aus den allgemein bekannten Gründen. Frauen und Kinder, auch Kinder schulpflichtigen Alters, müssen daher mitarbeiten. Da es jedoch an wirklich lohnender Arbeitsgelegenheit für sie fehlt, können sie sich fast nur mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigen. Aber auch das hilft nicht viel. Der Lohn des Mannes ist eben zu niedrig.

Noch schlimmer liegen die Verhältnisse für die Pensionäre, Witwen und Waisen; denn auch sie erhalten ihre Bezüge durchweg nur in Franken. Was ihnen an Rente gezahlt wird, ist so gering, daß man wirklich von Bettelpfennigen reden kann. Gewiß ist mehrfach vom Reich und von Preußen und Bayern, was durchaus anerkannt werden soll, versucht worden, zu helfen. Aber alle Hilfe, die bisher kam, war angesichts der geradezu trostlosen Lage der in Frage Kommenden gewissermaßen nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Alle Rufe, auch die der gewerkschaftlichen Organisationen, die mehrfach Eingaben an alle zuständigen Stellen sandten und mit größtem Nachdruck auf die zahlenmäßig nachgewiesene trostlose Lage hinwiesen, brachten bisher nicht die unbedingt notwendige Hilfe. Kreise und Gemeinden können nicht mehr helfen; denn auch sie sind bereits restlos verarmt und gehen dem völligen Verfall entgegen. Sie sind, da es sich fast überall um sogenannte Arbeiterdörfer handelt, auch fast ohne nennenswerte Steuereinnahmen. Daher können sie nicht mehr helfen, ja, sie haben selber Hilfe dringend notwendig. Angesichts dieser Sachlage hat es daher in weiten Kreisen der Arbeiterschaft an der Saar, namentlich aber bei den „Saargängern" nicht wenig befremdet, daß die Vertreter der Reichsregierung und der preußischen Regierung sich in einer am 26. Januar stattgefundenen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags zum Teil darum stritten, wer für die Hilfeleistung zuständig sei, das Reich oder die Länder. Dies Befremden war um so größer, als man wußte, daß der zur Beratung stehende Antrag der Zentrumsabgeordneten Hofmann-Ludwigshafen, Imbusch, Dr. Kaas, Dr. Stegerwald und Genossen vor längerer Zeit eingereicht wurde und den Regierungen daher Gelegenheit genug gegeben war, sich über die Zuständigkeit ihrerseits auseinander zu setzen und zu verständigen. Die Hoffnung auf das baldige Kommen der langersehnten Hilfe war infolgedessen bereits stark im Abnehmen begriffen, und man befürchtete, daß der eingesetzte Untersuchungsausschuß auch recht lange Zeit gebrauchen werde, um zu praktischen Vorschlägen zu kommen. Um so freudiger wurde deswegen die Nachricht aufgenommen, daß der Haushaltsausschuß des Reichstags bereits am Montag den 15. Februar in der Lage war, den mündlichen Bericht des Ausschusses über Maßnahmen zur Notlage der „Saargänger" entgegenzunehmen. Berichterstatter Hofmann-Ludwigshafen stellte namens des Ausschusses einen Antrag, in dem die Reichsregierung ersucht wird, im Einvernehmen mit den beteiligten Länderregierungen von Preußen, Bayern und Oldenburg folgende Maßnahmen zu treffen:

„Die Fahrkosten von und zur Arbeitsstätte werden von der Reichsregierung vergütet. Zur Linderung der Not unter den Arbeitnehmern, die im Randgebiet wohnen und im Saargebiet oder in Elsaß-Lothringen arbeiten, stellt das Reich einen Betrag von 350 000 Reichsmark alsbald zur sofortigen Ausschüttung zur Verfügung unter der Voraussetzung, daß die Länder sich wie bisher durch angemessene Zuschüsse beteiligen.

Zur Linderung der außerordentlichen Notlage der Arbeiter der deutschen Grenzgebiete, die in Gebieten mit Frankenlöhnung beschäftigt sind, wird die Summe von eineinhalb Millionen Reichsmark für einmalige und laufende Beihilfen zur Verfügung gestellt.

Die Verteilung dieser Summen erfolgt durch die Fürsorgeämter unter paritätischer Mitwirkung der Gewerkschaften. Steuerliche Erleichterungen sind durch Stundung oder Niederschlagung zu gewähren. Von einer zwangsmäßigen Steuereintreibung ist abzusehen. Die Verhandlungen zum Zweck der Anpassung der Sozialversicherung im Saargebiet an die Sozialversicherung des Reichs sind mit tunlichster Beschleunigung zum Ziel zu führen."

In der Abstimmung wurde der Antrag des Berichterstatters des Reichstagsausschusses für die besetzten Gebiete bis auf das Verlangen nach Verfügungstellung von eineinhalb Millionen für einmalige und laufende Beihilfen angenommen.

Mit diesem Beschluß ist wenigstens der Anfang gemacht. Das ist das Begrüßenswerte. Gewiß steht das durch ihn bewilligte längst nicht in einem Verhältnis zur Not. Er zeigt aber, daß der Reichstag grundsätzlich bereit ist zu helfen und man darf wohl annehmen, daß der gleiche Wille bei den in Frage kommenden Stellen der zuständigen Länder vorhanden ist. Sehr zu wünschen, ja geradezu unbedingt notwendig ist jedoch, daß auch die vom Ausschuß beantragten 1½ Millionen RM. für einmalige und laufende Beihilfen gewährt werden; denn das was der eigens zur Prüfung der Verhältnisse eingesetzte Sonderausschuß beantragte, ist eigentlich das wenigste, was zur Linderung der Not in Betracht kommt. Es ist daher sehr bedauerlich, daß dieser Teil des Antrags keine Annahme gefunden hat. Hoffentlich wird er aber bei der ersten sich bietenden Gelegenheit wieder aufgenommen und findet er dann nicht nur die Zustimmung der Antragsteller, sondern auch der Abgeordneten aller Parteien und der Regierung. Die Verpflichtung, den bedrängten deutschen Volksgenossen

die im Saargebiet beschäftigt sind, aber im jetzigen reichsdeutschen Gebiet wohnen, ist um so begründeter, weil ihre besondere Not durch Bestimmungen des Versailler Vertrags — worauf jedoch in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen werden kann — hervorgerufen worden ist, die nur diesen Kreis von Personen betrifft. Außer der allgemeinen Belastung, die das deutsche Volk infolge des unglücklichen Ausgangs des Krieges zu tragen hat, sind also die „Saargänger" ganz besonders schwer benachteiligt. Unter den gegebenen Umständen hat auch sowohl die deutsche Regierung ein Interesse daran, daß diese Leute auch weiterhin im Saargebiet beschäftigt bleiben; denn bei der großen deutschen Arbeitslosigkeit können sie anderswo nicht unterkommen, ganz abgesehen davon, daß es sich um Leute handelt, die für die Erhaltung des Charakters der Saarwirtschaft aus verschiedenen Gründen seit langer Zeit bedeutsam waren und dies auch für die Zukunft bleiben werden.

Die Sprachkurse saarländischer deutscher Lehrer.

Die saarländischen Volksschullehrer und die französischen Sprachkurse in Lausanne und Genf sind ein unerquickliches Thema, das wiederholt die Oeffentlichkeit im Saargebiet lebhaft beschäftigt hat. Ganz abgesehen davon, daß der Aufwand von Geld und Zeit in keinem Verhältnis steht zu der praktischen Auswertung in einem Nebenfach der Volksschule, bleibt die gesamte Bevölkerung dieser Maßnahme gegenüber mißtrauisch, sie fühlt, welchem Zwecke das Ganze dienen soll. Der Kultusminister hat auch bereits in der Presse die Befürchtungen zu zerstreuen gesucht durch die Erklärung, es seien nur wenige Lehrpersonen, die dem Anerbieten der Regierung folgten, überdies verursachten auch diese wochenlangen Spritztouren nur geringe Gelder. „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube" denken die Politiker und mit ihnen die Bürgerschaft und nach unserem Empfinden nicht mit Unrecht. Wenig oder belanglos darf man wohl die Zahl der Folgsamen nun gerade nicht nennen, wenn man die Liste derer überfliegt, die im Vorjahre mit gutem Zuschuß versehen, sich noch einige westliche Kultur aneignen wollten. Lassen wir hier einmal die Namen folgen; es beteiligten sich an den französischen Sprachkursen in Genf oder Lausanne:

1. Rektor Könsgen in Bildstock,
2. Lehrer Hossong in Neufechingen,
3. Lehrerin Gräff in Dudweiler,
4. Lehrerin Seewald in Scheidt,
5. Lehrer Früh in Gersweiler,
6. Rektor Reinhard in Wehrden,
7. Lehrerin May in Kölln,
8. Lehrer Rheinsheimer in Friedrichsthal,
9. Lehrer Müller in Hüttersdorf,
10. Lehrer Jenner in Diefflen,
11. Lehrerin Wachter in Ralbach,
12. Lehrerin Herrmann in Neunkirchen,
13. Lehrerin Wacker in Neunkirchen,
14. Lehrer Egersdorfer in Neunkirchen,
15. Lehrer Gerber in Wemmetsweiler,
16. Lehrer Mohr in Sinnerthal,
17. Lehrer Dupré in Oberthal,
18. Lehrer Schmidt in Wiesbach,
19. Lehrerin Zewen in Illingen und
20. Lehrerin Laar in Quierschied.

Es ist eine recht respektable Zahl, der Aufwand für die Extratour dieser Lehrpersonen beläuft sich auf 1700 Franken für den Kopf, das sind 34 000 Franken für eine Sache, die doch wohl nur der pénétration pacifique dienen soll. Eine bessere Verwendung hätte diese Summe Geldes sicher gefunden, wenn man damit manch schmales Lehrergehalt aufgebessert hätte. Es kommt hinzu, daß in der vorstehenden Liste noch nicht die Lehrpersonen der Fortbildungsschulen aufgeführt sind, die in der französischen Schweiz mit Bildungslack überpinselt wurden. Man mag nun mit Recht der Regierungskommission den Vorwurf machen, vieles versäumt zu haben; dort, wo es galt, für das Franzosentum eine Lanze zu brechen, hat sie es nicht an Mitteln fehlen lassen. Galt es in deutschem Geiste zu arbeiten, haperte es immer. Die Lehrerkammer hatte im letzten Jahre Hochschulkurse eingerichtet, um unsere Lehrpersonen mit dem Geist und dem Streben der deutschen Kultur lebhafter in Verbindung zu bringen. Notgedrungen mußte die Regierung den Schein retten und sie bewilligte für jeden Teilnehmer etwa 2 Franken. Dieses Wohlwollen berührt geradezu peinlich und bestätigt das allseitige Mißtrauen

Daneben aber muß man allen Ernstes die Frage öffentlich erheben: Wer, meinen die Herrschaften, die es angeht, soll sie wohl in seine Dienste nehmen, wenn das Saargebiet durch die Treue von 99,9 Prozent seiner Bevölkerung dem deutschen Vaterland ohne künstliche Grenzen und Hemmungen wieder zurückgegeben sein wird? Ist unter diesen oben genannten 20 Damen und Herren wirklich jemand, der heute noch daran glaubt, Frankreich könnte im Saargebiet irgend welche politischen oder kulturellen Erfolge erzielen? Mit der Rückkehr des Saargebiets zu Deutschland aber stürzt der letzte künstlich gestützte Rest „französischer Kulturstätten" in Gestalt von französischen Sprachkursen und dergleichen in sich zusammen. Die deutschen Schulen aber werden den genannten Herrschaften für immer verschlossen bleiben — vielleicht finden sie aber dann Anstellung in Lausanne, Genf oder Nancy!

✣

Wie wir weiter von unterrichteter Seite erfahren, läßt die wegen ihrer frankophilen Schulpolitik im Saargebiet berüchtigte Schulabteilung der Regierungskommission gegenwärtig bei den Eltern von Elementarschulkindern Anmeldeformulare zur Teilnahme am wahlfreien französischen Sprachunterricht zirkulieren. Daß es sich aber im Grunde genommen nicht um fakultativen Unterricht im üblichen Sinne handelt, zeigt der in kleinem Druck auf dem Anmeldeformular wiedergegebene Auszug aus den Bestimmungen, wo es u. a. heißt:

„Ist der französische Unterricht einmal gewählt, so wird er zum obligatorischen. Folglich sind die Verpflichtungen der Eltern diesem Unterrichte gegenüber dieselben wie anderen Unterrichtsgegenständen gegenüber. Insbesondere übernehmen die Eltern die Verpflichtung, die Kinder zum regelmäßigen Besuch dieses Unterrichtes anzuhalten und ihnen die notwendigen Lehrmittel rechtzeitig zu beschaffen. Sämtliche Kinder, die am fakultativen (in Wahrheit: obligatorischen!) Unterrichte teilnehmen, sind von vier planmäßigen Stunden des Normalunterrichts, und zwar von je einer Stunde Zeichnen, Turnen, Schreiben und Naturkunde bezw. eines anderen Realfaches (Deutsch?) befreit, können jedoch auf Antrag der Eltern nach Möglichkeit (!) daran teilnehmen."

Bekanntlich hat die Regierungskommission früher schon einmal, aber ohne Erfolg, versucht, in den Volksschulen obligatorischen französischen Unterricht einzuführen. Ihr neuerliches Bemühen, auf Umwegen nunmehr Aehnliches zu erreichen, findet im Saargebiet keine Gegenliebe. In hiesigen Lehrerkreisen vertritt man den Standpunkt, daß es für ein elementarschulpflichtiges Kind in der Regel wohl am besten ist, zu lernen, seine Muttersprache in Wort und Schrift zu beherrschen, anstatt im Kindersalter durch Unterricht in zwei Sprachen in beiden stümperhaft zu bleiben.

✣

Trotz aller schlauen Tricks der zuständigen Abteilung der Saarregierung hat nun auch hier der französische Unterricht in den Volksschulen völlig Fiasko gemacht. Während durch ihn jahrelang der übrige Unterricht der deutschen Volksschule besonders infolge fehlender Räumlichkeiten und Stundenplanvergewaltigungen gehemmt wurde, ist plötzlich im letzten Schulhalbjahre die Teilnehmerzahl in Obervölklingen sogar bis auf drei Schülerinnen zurückgegangen, die heute noch zwei selbständige Klassen bilden, aber auch schon zum nächsten Termin gekündigt haben. Den Eltern sind die Augen aufgegangen. Wie wir hören, sind auch auf die neuesten schmackhaften Lockverfügungen keine Anmeldungen mehr erfolgt, so daß mit Ostern d. Js. die ganze Propagandaeinrichtung des französischen Sprachunterrichts aus Obervölklingen verschwindet. Wie hier, so dürften die Verhältnisse auch anderswo liegen. Wir freuen uns auf die Rückkehr der normalen und gesunden Schulverhältnisse ohne welschen Einschlag.

Französische Soldaten als Rowdies.

Drei Ueberfälle in wenigen Tagen.

In St. Arnual beobachteten am 15. Februar zwei Polizeibeamte wie der Sergeant Cuny André mit einem Gewehr in der Hand ohne Kopfbedeckung über den Markt zur Wirtschaft Heinrichs, Quienstraße 7, lief. Das sonderbare Wesen des Sergeanten und der Umstand, daß eine Bürgerin die Beamten zum Einschreiten hat, veranlaßte diese, dem André zu folgen. Als die Beamten gleich hinter dem Sergeanten das Wirtshaus betraten, kamen sie gerade recht, um ihm das auf den Wirt angelegte Gewehr zu entreißen. Die Polizeiwachtmeister lieferten den gemeingefährlichen Burschen auf der Kasernenwache ab.

Wenige Tage zuvor, wurde auf einen jungen Mann in der Bedürfnisanstalt am Dellegartenschulhaus in Saarbrücken ein Ueberfall durch französische Soldaten versucht. Die Soldaten fragten den Zivilisten, wieviel Uhr es sei. Als der Herr nach der Uhr sehen wollte, erhielt er mehrere schwere Schläge auf den Hinterkopf, während die Soldaten versuchten, ihm die Uhr zu entreißen. Der Angegriffene setzte sich energisch zur Wehr, so daß die Rowdies ihr Vorhaben aufgeben mußten. Vorher versetzten sie dem jungen Mann jedoch noch einen Stich in den Unterarm, der ihn für längere Zeit arbeitsunfähig machte.

Ein dritter Ueberfall ereignete sich am 21. Februar abends in der Nähe des Schloßplatzes in Saarbrücken, auf den 21jährigen Sohn eines Tapezierermeisters. Als dieser nichtsahnend an zwei französischen Soldaten vorbeiging, erhielt er plötzlich von dem einen zwei Faustschläge ins Gesicht, so daß er zurücktaumelte. Nicht zufrieden damit, zog der Soldat sein Seitengewehr und brachte dem jungen Mann sechs schwere Wunden im Gesicht und auf dem Kopfe bei. Vor einem gegen den Unterleib geführten Stich konnte sich der junge Mann durch Zurseitespringen retten. Größeres Unheil wurde durch das Hinzukommen eines Passanten verhindert vor dem die beiden Soldaten flohen.

Das sind die Schützlinge des Herrn Rault, für die er sich in Genf all die Jahre eingesetzt hat. Nicht in einem einzigen Falle hat er sich der Interessen der Saargebietsbevölkerung angenommen, wenn diese durch Angehörige der Saarbesatzung verletzt wurden. Diese Herrschaften durften morden, vergewaltigen, anrempeln, schlagen, stechen, schießen. Herr Rault lächelte nur befriedigt, wenn solche Uebergriffe durch die vorgesetzten Behörden der Uebeltäter seine Sühne fanden. Es scheint fast, als hätten die Herrschaften Anweisung erhalten, sich gegen die Saargebietsbevölkerung auszutoben, wäre nur einem Falle eine exemplarische Strafe gefolgt, wir sind überzeugt, die Uebergriffe der Besatzung würden aufhören. Man hat aber keine Strafen verhängt, weil man den Soldaten das „Sieger"-Vergnügen nicht wehren wollte. Wirklich, eine feine Gesellschaft!

„Ein Skandal."

Zu unseren Betrachtungen unter der obigen Ueberschrift in Nr. 4 unseres „Saar-Freund" erhielten wir folgendes Schreiben:

„In dem Artikel „Ein Skandal" in Nr. 4 des „Saar-Freund" wird unter den Firmen, die den „Neuen Saar-Kurier" „unterstützt" haben, auch meine Firma genannt. Die Verhältnisse liegen so, daß die Schriftleitung des „Neuen Saar-Kurier" von mir ein Exemplar der neu erschienenen Hundertjahrausgabe von Stielers Handatlas bezogen und bezahlt hat. Nach Erhalt des Werkes teilte sie mir mit, daß sie gern zur Unterstützung des vortrefflichen Kartenwerkes bereit sei, Freiinserate aufzunehmen, für die ich ihr Matern einsenden sollte. Ich habe selbstverständlich diese Gelegenheit einer kostenlosen Reklame um so eher ausgenutzt, weil in dem mir zur Verfügung stehenden Hilfsmaterial, d. h. also in „Sperlings Zeitschriften- und Zeitungs-Adreßbuch" der „Neue Saar-Kurier" überhaupt nicht aufgeführt ist, mir also seine vaterlandsfeindliche Einstellung unbekannt war. Es ist unnötig, zu betonen, daß auch die Einrückung eines Freiinserates unterblieben wäre, wenn mir das Wesen des nunmehr eingegangenen Blattes bekannt gewesen wäre."

Im übrigen darf ich Ihnen meinen Dank aussprechen, daß Sie mich durch den genannten Artikel auf die vorliegenden Verhältnisse aufmerksam gemacht haben; den Charakter des „Neuen Saar-Kurier" habe ich in der Zwischenzeit leider selbst bei Uebersendung eines Belegexemplars feststellen können, und, wenn ich aufrichtig sein soll, schon seit längerer Zeit einen der Sache nach durchaus berechtigten Angriff erwartet. Die obige Klarlegung dürfte Sie jedoch von meinem guten Glauben überzeugen.

Hochachtungsvoll
ppa. Justus Perthes."
Unterschrift.

Aus diesem Schreiben, das wir mit großer Freude empfingen, haben wir ersehen, wie notwendig es war, die Dinge einmal beim richtigen Namen zu nennen. Auch von anderer Seite sind uns von einigen der in unserer letzten Ausgabe namentlich angeführten Firmen verschiedene Schreiben zugegangen, die sich zum größten Teil damit kurz zu entschuldigen suchen, die Anzeige sei „irrtümlich" dem „Neuen Saar-Kurier" aufgegeben worden. Wir bedauern, nicht so harmlos sein zu können, an diesen „Irrtum" in jedem einzelnen Falle zu glauben, besonders aber dann nicht, wenn es sich um saardeutsche Firmen handelt. Wer nach siebenjährigem Deutschtumskampf heute noch nicht gewußt haben will, welcher Art die Richertsche Giftpflanze war, der muß — uns für polizeiwidrig dumm halten, wenn wir so etwas glauben sollen. Für jene Firmen gilt, was wir sehr deutlich sagten: sie haben den Saarkurier bis zu seinem unseligen Ende finanziell unterstützt!

Kleine Tageschronik.

Deutscher Saarkriegerbund.

Vor ein paar Tagen trat in Völklingen die dritte Delegierten-Versammlung des Deutschen Saarkriegerbundes zusammen. Auf der Tagung waren 65 Krieger- und Militärvereine mit rund 10 000 Mitgliedern durch 265 Delegierte vertreten. Die Beratung der Satzungen nahm längere Zeit in Anspruch. Nach diesen Satzungen treten die Kriegervereine des Saargebietes zum Preußischen Landeskriegerverband für den preußischen Teil und zum bayerischen Kriegerbund für den pfälzischen Teil zu einem Deutschen Saarkriegerbund zusammen. Der Bund hat den Zweck, den kameradschaftlichen Zusammenschluß der Vereine des Saargebietes zu fördern, die Vereine in bezug auf Befolgung der Satzungen zu beraten und zu leiten, die dem preußischen Landeskriegerverband und dem Bayerischen Kriegerbund noch fernstehenden Vereine heranzuziehen, die einzelnen Vereine in ihrer Bestandfähigkeit nach Möglichkeit zu erhalten und Unterstützungen nach Lage des Vermögens an unverschuldet in Not geratene Kameraden des Bundes zu zahlen. Der Bund ist parteipolitisch und religiös neutral. Er befaßt sich weder mit der Ausbildung und Uebung im Waffengebrauch, noch mit anderen militärischen Dingen.

Die würdige Erhaltung und Pflege der Kriegergräber. Die Zentrumsfraktion des Stadtrates hat folgenden Antrag an die Stadtverwaltung Saarbrücken gerichtet, der sicher allen pietätvoll und vaterländisch gesinnten Bürgern aus dem Herzen gesprochen ist:

„Die Zentrumsfraktion gestattet sich, das Augenmerk der Stadtverwaltung auf die Kriegergräber des Ehrenfriedhofes zu lenken. Manche, besonders diejenigen, deren Angehörige nicht hier wohnen, sind in einem ungepflegten und dem Verdienste derer, die darin ruhen, durchaus nicht entsprechendem, teilweise sogar unwürdigem Zustande. Es fehlen Grabmäler, andere sind beschädigt, die Inschriften sind verwischt.

Die Stadt Saarbrücken muß es als eine Ehrensache betrachten, sämtliche hiesige Kriegergräber in ihre liebevolle Obhut zu nehmen und Sorge zu tragen, daß sie ständig in einem würdigen Zustand erhalten bleiben. Es wird daher beantragt, baldigst die notwendigen Maßnahmen zur würdigen Instandsetzung und Erhaltung sämtlicher Kriegergräber, also auf dem Ehrenfriedhof wie auf dem Waldfriedhof in die Wege zu leiten."

Saarbrücken. Das Saargebiet wurde am 19. Februar erneut durch Hochwasser heimgesucht, das infolge wolkenbruchartiger Niederschläge in den Vogesen mit besonderer Schnelligkeit hereinbrach. Das Hochwasser kam so plötzlich, daß es nicht mehr möglich war, das Wehr am Saarbrücker Hafen zu ziehen. Teilweise stieg das Saarhochwasser oberhalb das Saarwehrs um 84 Zentimeter in der Stunde. Der Höchststand wurde am 19. Februar abends mit 6,26 Meter bei einem normalen Pegelstand von 3,60 Meter erreicht. Von den Nebenflüssen der Saar schwoll nur die Blies in nennenswerter Weise an. Im untern Saarlal wie auch an den Ufern der Saar in Saarbrücken bot sich das bekannte Hochwasserbild. — Saarbrücken wird in diesem Jahre verschiedenen Organisationen und Vereinigungen als Konferenzort dienen. Sowohl der alte Bergarbeiterverband wie auch der Verband christlicher Bergarbeiter werden ihre diesjährigen Haupttagungen in Saarbrücken abhalten. Ferner hat der Verband deutscher Techniker seine diesjährige Hauptversammlung nach Saarbrücken einberufen, während sich der Evangelisch-Soziale Kongreß, unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons, in der Pfingstwoche in Saarbrücken versammeln wird. Eine vorbereitende Versammlung zu der letzteren Tagung fand bereits am 13. Februar in Saarbrücken statt.

Für die neuen Flugzeughallen und Werftanlagen, die vojn den Dornier-Werken in Friedrichshafen auf der Schweizer Seite des Bodensees errichtet werden sollen, hat die bekannte Saarbrücker Firma für Eisenkonstruktion B. Seibert, G. m. b. H., den Auftrag auf Grund eines von der Firma eingereichten Entwurfes erhalten. Es handelt sich um Bauten von über 15 000 Quadratmetern Grundfläche, die in Altenrhein bei Rorschach erstellt werden sollen. Der Firma Seibert gelang es, eine große Zahl von Konkurrenten mit ihrem Projekt aus dem Felde zu schlagen.

— Aus dem letzten Amtsblatt der Regierungskommission ergibt sich, daß die Saarpostverwaltung die Errichtung eines Zentralposthauses in Saarbrücken plant. — In Saarbrücken erscheinen seit dem 19. bzw. 20. Februar zwei neue Abendblätter: das „Saarbrücker Abendblatt" im Verlage eines neugegründeten Verlages „Saarbrücker Abendblatt G. m. b H.". Das Blatt wird im Lohndruck bei der Druckerei Gebrüder Hofer in Völklingen hergestellt. Wie in einer Pressenotiz mitgeteilt wird, befindet sich die Gesellschaft in durchaus zuverlässig deutschen Händen. Das zweite Abendblatt nennt sich „S.-N. a. Abend" (Saar-Nachrichten am Abend). Die Unternehmer dieses Blattes sind uns bisher nicht bekannt geworden. Die Tatsache jedoch, daß es in der Malstatt-Burbacher Handelsdruckerei hergestellt wird, wo bekanntlich auch der „Neue Saar-Kurier" gedruckt wurde, scheint eine gewisse Vorsicht zu verlangen. — Wie in der Saarpresse mitgeteilt wird, hat die Saarbrücker Knappschaft das Gebäude Hotel „Exzelsior" aus dem Besitz der Hotel-A.-G. käuflich erworben. Der Hotelbetrieb soll in dem Gebäude wie bisher weitergeführt werden, doch will die Knappschaft in dem Anwesen verschiedene Bureauräume unterbringen.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung von Saarbrücken befaßte sich mit einem großzügigen Programm der Stadtverwaltung zur Asphaltierung der Saarbrücker Hauptverkehrsstraßen. Es sollen danach asphaltiert werden: Die Eisenbahnstraße von der Friedenskirche bis zur Luisenbrücke, die Viktoriastraße von der Luisenbrücke bis zur Königin-Luisen-Straße, die Kaiserstraße von der Dudweiler Straße bis zur Viktoriastraße, die Dudweiler Straße von der Post bis zur Kaiser-Friedrich-Brücke, die Betzenstraße, die Bahnhofstraße von der Faktoreistraße bis einschließlich Kreuzung Viktoriastraße, die Großherzog-Friedrich-Straße vom Rathausplatz bis zur Bleichstraße. Ferner soll die Hohenzollernstraße von der Kaiser-Friedrich-Brücke bis zum Haus Nr. 18 in Stein- bzw. Holzpflaster neu ausgebaut werden. Die Kosten dieses Programms belaufen sich auf rund 2 700 000 Franken, die aus Anleihemitteln bestritten und innerhalb eines Zeitraums von 10 Jahren durch Einstellung von Mitteln in den ordentlichen Etat wieder abgetragen werden. Mit dem Bau wird im Frühjahr sofort begonnen; man hofft dann, sämtliche projektierte Straßenzüge bis zum Eintritt der nassen Herbstwitterung fertiggestellt zu haben. — Die Bevölkerungszahl betrug am 1. Februar 125 219 gegen 125 205 am 1. Januar. — Eine hiesige Familie erhielt an demselben Tage, an dem der Vater in der Grube schwer verunglückte, die Nachricht, daß der einzige Sohn bei den Kämpfen der Fremdenlegion in Marokko gefallen ist.

Obervölklingen. Wie in vielen anderen Orten des Saargebiets so hat sich auch hier ein Kameraden-Verein gebildet, dem ehemalige deutsche Soldaten ohne Unterschied der Partei, der Religion und des Standes angehören können. Pflege edler Kameradschaft, Wahrung und Stärkung echten Deutschtums sind seine höchsten Ziele Ferner widmet er sich der Ehrung der gefallenen und verstorbenen Kameraden, der Fürsorge der Hinterbliebenen und Kriegsbeschädigten, wobei er sich auf die Wohlfahrtseinrichtungen der Zentralverbände stützt. In den Vorstand wurden einstimmig folgende Kameraden gewählt: Hauptlehrer Reichrath als 1. Vorsitzender, Lehrer Paul als 1. Schriftführer und Steiger Scherer als 1. Kassenführer. — Der Verein ist Mitglied des neu gegründeten Deutschen Saarkriegerbundes und gehört somit auch dem Preußischen Landeskriegerverbande und dem Deutschen Reichskriegerbunde Kyffhäuser an.

Sulzbach. Die Gemeinnützige Baugenossenschaft Sulzbach beabsichtigt, auf der Siedlung Liebergallshaus 3 Doppel- und 5 Einzelhäuser und auf der Siedlung Altenwald 4 Einzel- und 5 Doppelhäuser zu errichten.

Heiligenwalde. In den Schlammweiheranlagen versank ein fünfjähriger Knabe. Auf die Hilferufe anderer Kinder eilte die in der Nähe wohnende Frau des Grubenschmiedes Hautz herbei und sprang unter eigener Lebensgefahr dem mit dem Tode ringenden Knaben nach. Trotzdem sie ebenfalls bis zu den Armen im Schlamm versank, gelang es der Frau, den Jungen zu retten. Der unerschrockenen Frau alle Anerkennung!

Hühnerfeld. Dem über 40 Jahre der Wehr angehörenden Brandmeister der hiesigen Abteilung Georg Leifeith wurde durch die versammelte Wehr der Bürgermeisterei Sulzbach eine besondere Ehrung zuteil. Unter klingendem Spiel zog man an die Wohnung des Georg Leifeith, um ihm eine Ehrung zu bereiten. Der treue Alte ist leider gelähmt.

Neunkirchen. Wie die „N. Ztg." meldet, sind für die Stelle des Neunkirchener Bürgermeisters 37 Bewerbungen eingegangen. — Wie in der Presse mitgeteilt wird, plant die Stadtverwaltung Neunkirchen den Bau eines neuen Gymnasiums, eines Lyzeums oder Oberlyzeums und eines Rathauses. Das Realgymnasium soll der gewerblichen Fortbildungsschule überlassen werden.

Ottweiler. Hochbetagte Einwohner gibt es in unserm Städtchen eine auffallend große Anzahl. Etwa dreißig haben das biblische Alter schon recht lange überschritten und erfreuen sich des besten Wohlseins. Frau Kuntz auf dem Neumünster wird demnächst 92 Jahre alt, Schönwolfs Mariechen zählt 89 Jahre, Christ Weingardt 87 usw. Eine ganze Anzahl Leute steht im Alter von 70—80 Jahren. Das Ottweiler Klima scheint den Alten recht gut zu sein.

Beckingen. Der Hüttenarbeiter Jacob Reiter wurde kürzlich morgens am Bahnhof Beckingen überfahren, und sofort getötet. Die Ursache des entsetzlichen Unglücks konnte nicht festgestellt werden. Der Verunglückte hinterläßt 6 Waisen.

Differten. In dem Anwesen des Ackerers Schmitt in der Hauptstraße brach auf noch nicht aufgeklärte Weise kurz vor Mitternacht Feuer aus, das an den großen Futtervorräten reiche Nahrung fand und dadurch schnell auf die anliegenden Häuser übersprang. Insgesamt wurden vier Häuser in Asche gelegt. Das Vieh und weniger Hausrat konnten nur mit großer Mühe in Sicherheit gebracht werden.

Saarlouis. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 300 000 Dollar. Aus den Mitteln dieser Anleihe soll die Kaibel-Kaiserne für Zwecke des Städtischen Krankenhauses umgebaut (500 000 M.), ein Hallenschwimmbad errichtet (335 000 M.), notwendige Straßenbauten durchgeführt (rund 195 000 M.), die der Stadt mietweise überlassenen Kasernen zu Wohnungen umgebaut werden (210 000 M.).

Bettingen. In dem Anwesen des früheren Gemeindevorstehers Joh. Adam brach mittags Feuer aus. Die Feuerwehr war rasch zur Stelle und dank ihres kräftigen Eingreifens konnte das Wohnhaus gerettet werden. Scheune, Stall und Nebengebäude mit allen landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, sowie die Futter-, Heu- und Strohvorräte wurden ein Raub der Flammen.

Harlingen (Kreis Merzig). Ein alter Kriegsveteran, der Landwirt Matth. Kermer, ist im Alter von 82 Jahren zur großen Armee abberufen worden. K. war Mitkämpfer in den Kriegen 1866 und 1870/71.

Reisweiler-Labach. Durch den Ausbau des bisherigen Verbindungsweges mit dem Nachbarort Saarwellingen zur Kreisstraße hat die Verbindung unserer Gemeinde mit diesem Ort, dem Sitz unserer Bürgermeistereibehörde, und dadurch auch mit unserer Kreisstadt, eine nennenswerte Verbesserung erfahren. Leider kann an den früher geplanten Bau einer Straßenbahnlinie vorerst nicht gedacht werden, da infolge der allgemeinen Kapitalknappheit die Gelder, die zur Finanzierung eines derartigen Unternehmens notwendig sind, nicht beschafft werden können.

Blieskastel. Durch Ankauf des Hintergebäudes des zurzeit als Rathaus dienenden ehemaligen Waisenhauses durch die Stadtverwaltung befindet sich jetzt dieser gesamte Gebäudekomplex im städtischen Besitz. Wie es heißt, will die Stadt hier für die Bezirkssparkasse ein neues Verwaltungsgebäude errichten. Gleichzeitig soll durch ein Straßendurchbruch eine günstigere Verbindung vom Bahnhof nach dem Stadinnern geschaffen werden.

Mittelbexbach. Mitten in dem Karnevalstrubel hinein ertönte in der Karnevalsnacht zum Mittwoch Feueralarm. Bei Bäcker Winter in der Oberbexbacher Straße war Feuer ausgebrochen und viele Karnevalsfröhlichen eilten zum großen Teil in ihrem Fastnachtsputz zur Brandstelle, um hier helfend einzugreifen. Den vereinten Bemühungen gelang es auch, das Wohnhaus ganz zu retten, während vier Ställe und Schuppen stark beschädigt wurden und die Futtervorräte vollständig verbrannten. Das Großvieh konnte gerettet werden, während das Geflügel zum größten Teil verbrannte.

Homberg. Die Eheleute Terporten wurden benachrichtigt, daß Reichspräsident von Hindenburg bei ihrem 16. Kinde die Patenstelle übernommen habe. Durch eine Ehrengabe von recht beträchtlicher Höhe wurden die Eltern erfreut.

Personalnachrichten.

Aus der Steuerverwaltung. Es wurden versetzt: Steuersekretär Hafner von Einöd nach Merzig, Werkle von Jägersburg nach Homburg. Thomashausen von Saarlouis nach Merzig, Lamberty von Homburg und Sirt von Ramborn nach Saarbrücken, Steuerassistent Hermann von Limbach nach Saarlouis.

Ehrenvolle Berufung. Der Mittelschullehrer Hanns Maria Lut ist mit der Uebernahme einer Lehrstelle an der „Tung-Chi-Universität" in Schanghai betraut worden und wird in diesen Tagen auf dem Landwege über Sibirien in sein neues Wirkungsfeld reisen und seinen Dienst am 1. April beginnen.

Dem Konsul Wilhelm Steffen, Saarbrücken 1, wurde eine unerwartete Ehrung zuteil, indem ein im Hochland der Anden entdeckter und geographisch festgelegter See nach ihm Lago Guillermo Steffen (Wilhelm-Steffen-See) benannt wurde. Die Ehrung ist darauf zurückzuführen, daß Herr Steffen einen persönlichen Freund unter einer geographischen Studienkommission der Argentinischen Regierung hatte, die vor Jahren die riesigen Gebiete der Alpenwelt der Anden erforschte.

General von Moßner, der während des Weltkrieges stellvertretender Kommandeur General des 21. Armeekorps in Saarbrücken war, feierte am 19. Februar in Heidelberg seinen 80. Geburtstag. General von Moßner war von 1903 bis 1910 Gouverneur der Festung Straßburg.

Das Fest der goldenen Hochzeit feierten die Eheleute Peter Maas und Maria geb. Lauer, (78 bezw. 73 Jahre) in Etzenhofen, die Eheleute Jakob Fehrentz und Frau Elisabeth geb. Heyd in Elversberg, die Eheleute Johann Abel und Frau Magdalena geb. Lein-häuser in St. Ingbert, die Eheleute Ludwig Diwersy-Graeveg in Hühnerfeld, die Eheleute Peter Recktenwald und Maria geb. Angel in St. Wendel-Breiten (79 bezw. 76 Jahre).

Todesfälle. Saarbrücken: Gottlieb Carl Loennig, 64 Jahre; Frau Charlotte Jacobs, geb. Reuther, 55 Jahre; Klempnermeister Ludwig Wagner, 75 Jahre; Eisenbahn-Wagenaufseher Peter Schu, 52 Jahre; Frau Wwe. Karl Woigt sen., Katharina, geb. Wagner, 75 Jahre; Fräulein Johanna Adam; Frau Else Gottesleben, geb Lorscheider, 21 Jahre; Hutmachermeister Jos. Männer, 79 Jahre; Fräulein Anna Gramsch, 24 Jahre; Frau Magdalena Haupenthal, geb. Maurer, 44½ Jahre; Frau Adelheid Loskant, geb. Büch, 66 Jahre; Heinrich Lawinger, 76 Jahre; Frau Dr. Jos. Trautwein, Auguste, geb. Menge, 70 Jahre; Paul Peter Rosch, 19 Jahre; Wwe. Friedrich Kappel, geb. Kunz, 82 Jahre; Johann Maurer, 47 Jahre; Kaufmann Fritz Meyer, 66 Jahre. — **Scheidt:** Frau Wwe. Katharina Hettrich, geb. Scherer, 83 Jahre. — **Wehrden:** Willi Groß, 27 Jahre. — **Völklingen:** Frau Daniel Wintz, Johannette, geb. Kuntz, 74½ Jahre; Heinrich Berger, 91 Jahre. — **Ludweiler:** Friedrich Bachelier, 67 Jahre. — **Neudorf:** Philipp Rixecker, 79½ Jahre. — **Güchenbach:** Bäckermeister Markus Schröder, 66 Jahre. — **Dudweiler:** Peter Klinkner, 75 Jahre. — **Riegelsberg:** Fräulein Ottilie Bauer, 25 Jahre. — **Heiligenwald:** Grubensattler Karl Zinsmeister, 48 Jahre. — **Neunkirchen:** Friedrich Philippi; Kaufmann Otto Hofmann, 24 Jahre; Karl Mohr, 66 Jahre; Bruno André, 18½ Jahre; Frau Luise Appel, geb. Schuler, 29 Jahre. — **Wiebelskirchen:** Jakob Haus, 58 Jahre; Walter Bost, 17½ Jahre. — **Ottweiler:** Alois Schorr, 25½ Jahre. — **Griesborn:** Ernst Rieß, 19 Jahre. — **Dilsburg:** Mittelschullehrerin Fräulein Maria Altmeyer, 51 Jahre. — **Bisten:** Johann Burg, 75 Jahre. — **Ensdorf:** Frau Peter Reuten, Maria, geb. Weber, 52 Jahre. — **Primsweiler:** Frau Wwe. Barbara Michaely, geb. Schwinn, 76 Jahre. — **Picard:** Straßenaufseher Johann Gaspard, 23 Jahre. — **Altforweiler:** Philipp Zöllner, 70 Jahre. — **Wallerfangen:** Frau Wwe. P. Gärtner, verw. Fischer, geb. Reiß, 74 Jahre. — **Lisdorf:** Josef Lonsdorfer-Klein, 73 Jahre; Frau Johann Kneip, Margareta, geb. Rullang, 64 Jahre. — **Saarlouis:** Frau Louis Schellenberg, Anna, geb Charon, 58 Jahre. — **St. Ingbert:** Obermeister Peter Selgrad, 44 Jahre. — **Homburg:** Brauereidirektor a. D. Richard Schäfer, 64 Jahre.

Aus dem Saarwirtschaftsleben.

Was geht in der Saarwirtschaft vor?

Wie die „Saarbr. Ztg." aus Luxemburg berichtet, sollen die beiden an der Neunkirchener Hütte beteiligten Gruppen in Verkaufsverhandlungen mit einem deutschen Industriekonzern stehen, und zwar sollen die Forges et Aciéres et de Lorraine beabsichtigen, 40 Prozent des Aktienkapitals der Neunkirchener Hütte abzustoßen, während die Stummgruppe ebenfalls 40 Prozent des Aktienkapitals abgeben will. Die Forges et Aciéres de Nord et de Lorraine würden also mit 20 Prozent an dem Werk beteiligt bleiben, während die Stummgruppe vollständig ausscheiden würde. Die letzteren Angaben werden von den Stummschen Angehörigen bestritten. — Ferner will die „Neunkirchener Volkszeitung" erfahren haben, daß eine amerikanische Gruppe eine bedeutende Anzahl von Anteilscheinen der Vereinigten Hüttenwerke Burbach-Eich-Düdelingen erworben hat. — Andererseits ist die „Nortribor", die gemeinsame Verkaufsagentur der Erzeugnisse von Neunkirchen, Valencienne und Trégnac, aufgelöst worden. Das Neunkirchener Eisenwerk, die Aciéries et de l'Est und die Usine de la Basse-Loire haben ihre Handelsfreiheit zurückgenommen; jedes Werk verkauft unabhängig an seine jeweilige Kundschaft.

Weitere Stundung der Zollbeträge.

Der Reichsfinanzminister hat sich damit einverstanden erklärt, daß diejenigen Zollbeträge, für die den saarländischen Firmen Aufschub gewährt worden ist, auf Antrag und unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs noch einen weiteren Monat, also bis zu 9 Monaten, über das Ende der Aufschubsfrist gestundet werden.

Erhöhung der Postgebühren im Saargebiet.

Gemäß einem Erlaß der Regierungskommission des Saargebietes tritt am 1. März 1926 im Postverkehr mit dem Ausland eine durchschnittliche Erhöhung der Postgebühren um 25 Prozent in Kraft. Die Gebühren im Verkehr nach Deutschland und Frankreich bleiben unverändert.

Die Uebergriffe der französischen Zollbehörden.

In der letzten Landesratssitzung wurde von sämtlichen Fraktionen Protest erhoben gegen die zahllosen Schikanen und ungesetzlichen Uebergriff der französischen Zollbehörden, die von der Regierungskommission des Saargebietes ohne jeden Widerspruch geduldet werden. An der deutsch-saarländischen Grenze herrscht das korrupteste System, da die französischen Zollbeamten einen nicht unerheblichen Teil der wegen falscher Deklaration verhängten Strafen als Belohnung erhalten. Wer die Kompliziertheit des französischen Zolltarifes kennt, muß anerkennen, daß es sehr schwierig ist, sich nicht in der Angabe der Tarifnummer zu irren. Geradezu ungeheuerlich mutet es aber an, daß französische Zollbeamte, also staatliche Beamte, selbst falsch deklarieren, wie Landesratsabg. Schmelzer mitteilt, um in den Besitz der ausgesetzten Strafprämien zu gelangen.

Zusammentritt der saarländischen Arbeitskammer. Die Arbeitskammer des Saargebiets, die nach jahrelangen Versprechungen des Saarpräsidenten durch Verordnung vom 18. September 1925 errichtet wurde, soll endlich für Anfang März einberufen werden. Die Kammer setzt sich bekanntlich aus je 18 Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen; die Bestimmung des Vorsitzenden und die Auswahl aus einer dreifachen Vorschlagsliste hat sich die Regierungskommission vorbehalten. Von den Arbeitnehmern gehören (auf Grund der Wahl) 10 den freien, 7 den christlichen und 1 den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften an. Von den Sitzen der Arbeitgeber entfallen 6 auf den Bergbau (französischer Bergfiskus), 3 auf die Bergindustrie, 2 auf die Fertigeisenindustrie. Die Unternehmer hatten einen gemeinsamen Vorschlag eingereicht und schließen sich zu einer Fraktion zusammen.

Vom Saargrubenbau.

Folgen der Kritik Uhrys. Offenbar als Folge der scharfen Kritik des französischen Kammerabgeordneten Uhry und der deutschen Parteien im Saargebiet an der Mißwirtschaft auf den französischen Saargruben ist die Grubenverwaltung jetzt bestrebt, ihren aufgeblasenen unwirtschaftlichen Apparat abzubauen. Nachdem man zum 1. Februar durch Einstellung der Zuschüsse an den „Neuen Saar-Kurier" diesen hat verschwinden lassen, soll man jetzt auch an den Abbau der französischen Schulen denken. Es werden dadurch eine ganze Anzahl von französischen Beamten der Saargruben frei. Wie aus Saarbeamtenkreisen verlautet, wurde neuerdings über 100 mittleren und unteren Beamten und Angestellten die Kündigung ausgesprochen. Nach einer Meldung sollen vor allem Franzosen und Micumleute von der Kündigung betroffen sein, nach einer andern aber sich unter 75 untere und mittlere Beamte 60 Deutsche befinden. Genaue Angaben darüber wurden nicht bekannt.

Teilstreiks wegen unwürdiger Behandlung von Bergleuten. Der als westlich orientiert geltende Grubenhüter Reinert von der Grube Luisenthal ließ sich kürzlich unglaubliche Ausschreitungen einem Bergmann Hirschmann gegenüber zuschulden kommen. Hirschmann hatte sich an dem fraglichen Tage in die Kaffeeküche begeben, um dort Wurst zu kaufen. Als er aus der Küche zurückkehrte, wollte Reinert den Namen des Mannes feststellen. Es kam dabei zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen beiden, weil Hirschmann dem Reinert das Recht zu derartigen Feststellungen bestritt. Als Reinert tätlich gegen Hirschmann wurde und diesem ins Gesicht schlug, griff dieser in der Notwehr und in begreiflicher Erregung zu einem Stück Holz und schlug damit dem Grubenhüter derart über den Kopf, daß er besinnungslos niederstürzte und ins Krankenhaus gebracht wurde. Hirschmann wurde sofort fristlos entlassen. Der Vertrauensmann des Betriebes wurde bei der Grubenverwaltung vorstellig und bat um Zurücknahme der Entlassung, da diese nach Auffassung der Belegschaft zu Unrecht erfolgt sei. Die Grubenverwaltung verweigerte die Wiederanlegung. Diese Weigerung hatte verhängnisvolle Folgen. Die gesamte Belegschaft von „Debit", etwa 80—90 Mann, legten sofort die Arbeit

nieder. Da Leute von andern Gruben sich weigerten, an ihrer Stelle den Betrieb weiterzuführen, mußte die Kohlenförderung am Rudolf- und Joseph-Schacht eingestellt werden und die Belegschaft beider Schächte konnte nicht anfahren. Von den Organisationen wurden sofort Verhandlungen eingeleitet, die dazu führten, daß der Betrieb wieder aufgenommen wurde, nachdem der Grubendirektor Saint Claire Deville zugesagt hatte, daß Hirschmann wieder eingestellt würde, wenn aus der Zeugenvernehmung sich ergebe, daß Reinert zuerst geschlagen hat.

Wegen eines ähnlichen Vorganges trat die gesamte etwa 3000 Mann starke Belegschaft der Grube Velsen am 24. Februar in einen 24stündigen Streik ein. Den Grund bildet ein Wortwechsel zwischen dem Micumsteiger Hildenstock und einem Pferdejungen. Nach Verhandlungen der Grubenleitung mit der Belegschaft wurde die gegen den Jungen bereits ausgesprochene Entlassung zurückgezogen, so daß die nächste Frühschicht wieder anfahren wird.

Immer neue Grubenschäden. In dem durch Grubensenkung schadhaft gewordenen Hause eines Metzgermeisters in Schnappach war der Schornsteinfegermeister mit Reinigen des Kamins beschäftigt, als plötzlich der Boden nachgab und der Mann samt der Decke, zum großen Erstaunen der Bergmannsfamilie C. in deren Küche landete. Zum Glück kam der Schornsteinfeger mit dem Schrecken davon. — Im nahen Altenwald liegen die Verhältnisse infolge eingetretener Grubensenkungen ähnlich, denn in der Schulstraße mußte ein Haus abgerissen werden, es befindet sich dort noch ein zweites, das bisher von fünf Familien bewohnt war und infolge Lebensgefahr geräumt werden mußte.

Opfer des französischen Raubbaues. Auf Grube „Viktoria-West" verunglückte der Bergmann Paul Baldauf aus Püttlingen dadurch, daß ihm ein Felsstück aus dem Hangenden in den Nacken fiel. Er mußte dem Krankenhaus zugeführt werden; desgleichen der Bergmann Scherer aus Bildstock, der auf der Grube Maybach verunglückte. Auf der gleichen Grube wurde der 52 Jahre alte Hauer Schaum aus Quierschied durch einen niederfallenden Felsblock verletzt. Dem 20jährigen Bergmann Jaco Bruck aus Marpingen fiel ein schweres Kohlenstück auf die Hand, so daß er erhebliche Quetschwunden erlitt. Auf der Grube Kohlwald wurde durch niedergehendes Gestein der 26 Jahre alte Bergmann Aloys Schorr, Sohn des Bergmanns Schorr in Neunkirchen getötet. Auf der gleichen Grube erlitt ebenfalls durch niedergehendes Gestein der 18 Jahre alte Bergmann Bost den Tod.

Soziales.

Die Rückständigkeit der saarländischen Sozialversicherung.

Die Zentrumsfraktion des Landesrats hat angesichts der geradezu katastrophalen Notlage, in der sich die Sozialrentner des Saargebietes infolge der Rückständigkeit des saarländischen Versicherungswesens, sowie der Entwertung des französischen Frankens sich befinden, erneut eine Eingabe an die Regierungskommission gerichtet. Gefordert wird schnellste Anpassung der Sozialversicherung des Saargebiets an die des übrigen Reiches, Umbildung des gesamten Arbeitsrechtes der Erwerbslosenfürsorge bzw. Erwerbslosenversicherung der Wohlfahrtsgesetzgebung, der Jugendfürsorge usw. nach der auf diesem Gebiete im übrigen Deutschen Reiche geschaffenen und im Entstehen begriffenen Neuregelung.

Verkehr.

Erhöhung der Tarife der Saarbahnen.

Mit dem 1. Februar 1926 tritt eine Erhöhung der Gütertarife auf den Saarbahnen um 10 Prozent ein. Wie in einer Besprechung zwischen Vertretern der Regierungskommission und der Eisenbahndirektion einerseits und Vertretern der Wirtschaftsorganisationen andererseits dargelegt wurde, ist die Eisenbahndirektion zu der Erhöhung der Tarife gezwungen, um das Defizit der Saarbahnen einzuschränken. Wie von einem Vertreter der Eisenbahndirektion der Presse mitgeteilt wurde, sollen die Saarbahnen die billigsten Bahnen des europäischen Kontinents sein. Neben der Erhöhung der Gütertarife werde auch eine Erhöhung der Personentarife auf die Dauer nicht zu umgehen sein.

Was das Defizit der Saarbahn betrifft, so dürfte es im wesentlichen auf die besonderen Frachtermäßigungen zurückzuführen sein, die auf Grund von Abmachungen der Regierungskommission mit der französischen Regierung den französischen Kohlentransporten eingeräumt worden sind. Weiter ergibt sich das Defizit aus der Benutzung der Saarbahnen durch französische Militärtransporte, durch die freie Benutzung der Saarbahnen, durch die vertragswidrige französische Besatzung, durch die Personalpolitik der Saarregierung u. a. m. Also auch hier muß die Saargebietsbevölkerung die Rechnung bezahlen.

Vom „Bund der Saar-Vereine" und den angeschlossenen Vereinigungen.

§ **Ortsgruppe Leipzig des Bundes der Saarvereine.** Gemäß den in der Vertreterversammlung der Bundestagung 1925 in Hannover beschlossenen neuen Richtlinien für die Tätigkeit der Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine hat sich die Ortsgruppe Leipzig auch besonders für die Umbenennung einer Straße der Stadt Leipzig in „Saar"- oder „Saarländerstraße" eingesetzt. Wie das nachstehende Schreiben zeigt, sind diese Bemühungen mit Erfolg gekrönt worden:

„Leipzig, den 9. Februar 1926.

An den

Saar- und Pfalzverein,

Leipzig.

Wir beziehen uns auf unsere Bekanntmachung in den „Leipziger Neuesten Nachrichten" vom 7. Februar 1926 und teilen Ihnen mit, daß wir zur Ehrung der von den Folgen des Krieges hart betroffenen Saarländer die Barneckerstraße in Leipzig-Lindenau in „Saarländerstraße" umbenannt haben.

Der Rat der Stadt Leipzig.
Stadterweiterungsamt.
Unterschrift."

Ortsgruppe Halle des Bundes der Saarvereine. Wie im vergangenen, so hatten wir auch in diesem Jahre wieder die Freude, einige Landsleute unter uns zu sehen, die anläßlich des vierten Jahnschwimmens, veranstaltet von der Deutschen Turnerschaft, am 13.—14. Februar aus dem Saargebiet nach hier gekommen waren. Unsere Ortsgruppe hat es sich nicht nehmen lassen, die Saarbrücker Schwimmer wieder zu begrüßen, und fanden sich zu diesem Zwecke am Sonnabend den 13. Februar die Mitglieder unseres Vorstandes zum Empfange auf dem Bahnhof ein. Der zweite Vorsitzende, Herr Rechnungs-Revisor Hermann Burghardt, hieß die Landsleute in kurzen Worten herzlich willkommen und gab dem Wunsche Ausdruck, daß ihnen der Aufenthalt in unserer schönen Saalestadt Halle eine bleibende Erinnerung sein möge. Dank der rührigen Tätigkeit des zweiten Vorsitzenden war es gelungen, den Landsleuten Quartiere unter den Vereinsmitgliedern zu beschaffen und wurden diese vom Bahnhof nach dort geleitet. Zu dem am gleichen Abend stattfindenden Begrüßungsabend der Turner, Schwimmer, hatte die Hallesche Turnerschaft unseren Verein in dankenswerterweise eingeladen, und so war es uns möglich, in stattlicher Anzahl mit unseren Landsleuten recht frohe Stunden zu verleben. Nachdem seitens des Vorstandes der Halleschen Turnerschaft die Saarbrücker Schwimmer besonders begrüßt waren, ergriff unser Vorstandsmitglied Dr. Kopelke das Wort. Er dankte zunächst der Halleschen Turnerschaft für die Einladung, wodurch es uns ermöglicht wurde, unseren Landsleuten erneut zu beweisen, daß wir im unbesetzten Gebiet hinter ihnen stehen und ihnen ihr schweres Schicksal zu erleichtern suchen. Er führte aus, daß es den Deutschen im unbesetzen Vaterland nicht oft genug erzählt werden kann, wie schwer es unseren Brüdern und Schwestern an der Saar gemacht werde, ihr Deutschtum zu behaupten, weshalb ein jeder Deutsche sich zu ihnen bekennen müsse. Mit Stolz wies er darauf hin, daß das Volk an der Saar sich mit uns im nichtbesetzten Vaterlande eins fühle in aller Not und Gefahr, und daß es den Zeitpunkt herbeisehne, wo es wieder mit den Brüdern und Schwestern im großen Vaterlande vereint sein könne. Zum Schlusse seiner Ausführungen legte er unter lebhaftem Beifall das Gelübde ab, daß wir nicht ruhen und rasten werden, bis das Saargebiet wieder vom Feinde befreit sei. Im weiteren Verlauf des Abends sprach ein Vertreter des Saar-Blies-Gaues seinen Dank aus für die warmen Begrüßungsworte und erklärte, daß die Saarbevölkerung treu zum Vaterlande stehe. Er beleuchtete in aller Kürze die heutigen wirtschaftlichen und kulturellen Zustände, unter denen das kerndeutsche Volk an der Saar zu leiden habe und die es auch nicht ermöglichten, in noch größerer Zahl zu erscheinen. Er gelobte, daß die Saarländer stolz darauf seien, daß sie immer deutsch waren, deutsch seien und deutsch bleiben werden. Nach einigen gemütlich verlebten Stunden trennte man sich, um sich dem wohlstärkenden Schlaf hinzugeben, der am anderen Tage bei den Wettkämpfen die nötigen Erfolge bringen sollte. Diese vereinigten uns alle im Stadtbad, wo wir Gelegenheit hatten, unsere Landsleute in ihren schwimmerischen Leistungen zu bewundern. Mit Stolz blicken wir da auf unsere Landsleute zurück, war es ihnen, die sie nur in einer Zahl von 5 Personen erschienen waren, doch möglich, 4 erste und einen zweiten Sieg davonzutragen, ein Resultat, wie es von keinem der teilnehmenden Vereine aus dem Vaterlande erzielt werden konnte. Diese Siege mußten gefeiert werden, und so versammelten wir uns am Abend in großer Zahl am gemeinsamen Tische, woselbst wir unserer Freude über die Resultate Ausdruck gaben und frohe Stunden treuen Heimatgedenkens

verbrachten. Der Montag früh sah uns wieder alle am Bahnhof, um unseren scheidenden Brüdern und Schwestern das Ehrengeleit zu geben. Mit einem kräftigen „Gut Heil!" verließ der Zug die Bahnhofshalle und entführte uns auf ein weiteres Jahr unsere Landsleute, die noch mit einem donnernden „Gut Heil!" auf die Ortsgruppe Halle des Saarvereins ihren Dank für die liebevolle und herzliche Aufnahme zum Ausdruck brachten. Die Ortsgruppe Halle ist stolz auf diese neue Betätigung, und rufen wir unseren Lieben in der Heimat noch zu:

Wir vergessen euch nicht!

Ihr anderen aber gehet hin und tuet desgleichen!

§ **Ortsgruppe Hannover des Bundes der Saarvereine.** Den vielfachen Wünschen unserer Mitglieder folgend, veranstaltete die hiesige Ortsgruppe am Sonntag, den 14. d. Mts., abends 8 Uhr, in den unteren Räumen des Hotel Battermann ein Knappenfest. Die Festlichkeit sollte einen internen Charakter haben und über den Rahmen unserer Mitglieder nicht hinausgehen. Ganz wider Erwarten war das Fest, bei dem saarländischer Humor und Fröhlichkeit in vollem Maße zur Geltung kamen, von einer großen Anzahl von Freunden und Gönnern besucht, so daß der zur Verfügung stehende Raum zur Unterbringung kaum ausreichte. Recht viel Freude und Heiterkeit lösten die einzelnen Vorträge von Frau Ahrens, Frau Amann, Frau Heinrich, von Herrn Burgard, Gosewich und Hans Heinrich aus. Der Vorsitzende des Elferrates, Herr Burgard erfüllte seine Aufgabe, bei der ihn Herr Rademacher in anerkennenswerter Weise unterstützte, mit Schneid und humorvollem Geschick. Auch der Herold, Herr **Grassow,** war seiner Aufgabe vollkommen gewachsen. — Allen Mitwirkenden an dieser Stelle nochmals unseren herzlichen Dank.

□ **Der Bund der Saarvereine Ortsgruppe Dortmund** hielt am 14. Februar seine Jahresversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Herr Oberbergrat Dr. Weise, eröffnete um 6¾ Uhr die mäßig besuchte Versammlung und erteilt Herrn Walter das Wort zur Verlesung der Niederschriften vom 13. Dezember 1925 und 10. Januar 1926. Zu der Niederschrift vom 13. 12. 1925 gibt Herr Kirsch eine kleine Berichtigung. Die Niederschriften werden genehmigt. Dann wird in die Tagesordnung, 1. Geschäftsbericht, Kassenbericht und Entlastung des Vorstandes, 2. Neuwahl des Vorstandes, 3. Satzungsänderungen, 4. Besprechung über Gründung einer Jugendvereinigung, 5. Verschiedenes, eingetreten und diese wie folgt erledigt. Zu Punkt 1 erstattet Herr Walter den Geschäftsbericht für 1925, der genehmigt wird. Aus dem Geschäftsbericht ist erwähnenswert, daß in der Berichtszeit 12 ordentliche Versammlungen, 1 Ausflug und 5 Vorstandssitzungen stattgefunden haben und daß leider die wirtschaftliche Not nicht ohne Einfluß auf den Verein geblieben ist, indem die Mitgliederzahl gesunken ist. Herr Berkessel erstattet hiernach den Kassenbericht, aus dem die erfreuliche Tatsache erwähnt sei, daß am 1. Februar d. Js. ein Kassenbestand von 138,61 Mark vorhanden war. Er werden hierauf zwei Kassenprüfer, die Herren Lutter und Brandenburg gewählt, die die Prüfung der Kasse sofort vornehmen. Bis zur Erledigung dieser Prüfung wird die Tagesordnung abgeändert und zuvor der Punkt 3, Satzungsänderung verhandelt. Hierzu stellt Herr Ost den Antrag, den Satzungen einen Paragraphen, der die Ernennung von Ehrenmitgliedern ermöglichen soll, einzufügen. Die Formulierung des Wortlautes wird Herrn Ost übertragen und der Antrag darauf genehmigt. Punkt 4, Gründung einer Jugendvereinigung unterstützt Herr Berkessel zur Hebung der Geselligkeit. Die Beschlußfassung wird sodann auf eine spätere Sitzung vertagt, bis die Angelegenheit genügend geklärt ist. Inzwischen hatten die Kassenprüfer ihre Arbeit erledigt und erstatteten Bericht, daß die Kasse in Ordnung sei. Herrn Berkessel und dem Gesamtvorstand wird darauf Entlastung erteilt. Der Punkt 2 kommt darauf zur Verhandlung und der alte geschäftsführende Vorstand bestehend aus: 1. Oberbergrat Dr. Weiß, 1. Vorsitzender, 2. Eisenbahnoberingenieur Ost, 2. Vorsitzender, 3. Markscheider Walter, Schriftführer, 4. techn. Eisenbahnobersekretär Berkessel, Kassenwart, wird durch Zuruf wiedergewählt. Als weitere Beisitzer wurden vorgeschlagen die Herren Dr. med. Schmidt und Gaerner. Die Herren Kirsch, Kastel und Rafalski werden wiedergewählt und die Wahl der übrigen abgelehnt, weil gegen die Satzungen verstoßend. Zu Punkt 5, Verschiedenes, beklagt sich zunächst Herr Berkessel über die schlechte Behandlung des Einkassierers seitens vieler Vereinsmitglieder. Herr Dr. Weise gedenkt des erkrankten Vergnügungsdirektors, Herrn Jehle, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß er bald genesen möge. Herr Ost schlägt auf die Klage des Herrn Berkessel vor, alle bis 1. Januar rückständigen Beiträge niederzuschlagen, welchem Vorschlag Herr Reppert widerspricht. Er bittet, von Fall zu Fall durch Herrn Berkessel oder ihn selbst Entscheidung zu treffen zu lassen, ob der rückständige Beitrag einzuziehen sei oder nicht. Dieser Vorschlag wird gutgeheißen. Herr Dr. Schmidt möchte durch kleine Vorträge beliebiger Art die Versammlungen anregender gestaltet sehen, und erklärt sich bereit, in der nächsten Versammlung einen derartigen Vortrag zu halten was dankbar angenommen wird. Herr Berkessel berichtet darauf kurz über die Delegiertenversammlung in Essen am 7. Februar 1926. Um 7½ Uhr wird die Versammlung durch den 1. Vorsitzenden geschlossen. Frl. Jehle erfreute die Versammlung noch durch einige Klaviervorträge.

Die Ortsgruppe Ibbenbüren des Bundes der Saar-Vereine hielt am Dienstag, den 2. Februar 1926 im Vereinslokal Schlichter (blaue Ecke) die ordentliche General-Versammlung ab. Gegen 8.30 Uhr eröffnete der 2. Vorsitzende, Herr Wilh. Müller, die einigermaßen gut besuchte Versammlung und begrüßte die Erschienenen. Gleichzeitig gedachte er des kürzlich unerwartet verstorbenen Mitgliedes Paul Berka. Der Schriftführer verlas das Protokoll der letzten Versammlung, wogegen keine Einwendungen erhoben wurden. Sodann erhielt der Kassierer, Herr Kropf, das Wort zum Kassenbericht, worauf die Kasse durch besondere Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt und für seine mühevolle, undankbare Arbeit besonders gedankt. Der Schriftführer, Herr Forster, gab nun den Jahresbericht bekannt, und beleuchtete die Leistungen der noch jungen Ortsgruppe im verflossenen Vierteljahr. Unter anderem führte er an: „Im verflossenen Jahre fand am 1. Februar auf Veranlassung der Ortsgruppe ein öffentlicher Lichtbilder-Vortrag über das Saargebiet, gehalten von Herrn Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin, im Saale Körling-Langermann statt. Der große Saal war bis zum letzten Platz besetzt und der Vortrag endigte mit einer gewaltigen Kundgebung für das Saargebiet. Bei der Tagung der Saar-Vereine am 6. und 7. Juni in Hannover war die Ortsgruppe durch 9 Mitglieder vertreten. Am 13. September veranstaltete die Ortsgruppe in den Anlagen des Vereinsmitgliedes Ernst Mang-Schaberg eine vielseits angeregte Zusammenkunft mit Kinderbelustigung und Preisspielen. Bei günstiger Witterung war die Beteiligung eine äußerst gute und jung und alt waren in ihren Ansprüchen vollstens zufrieden gestellt. Am 19. Januar d. Js. hatte die Ortsgruppe einen Verlust durch den allzufrühen Tod des werten Mitgliedes und Saarfreundes, des aus Oberschlesien verdrängten Herrn Paul Berka. Im Laufe des Jahres wurden mehrere Artikel, das Saagebiet betreffend, durch Veranlassung der Ortsgruppe in den hiesigen Lokalblättern veröffentlicht. Von den Vereinsmitgliedern und deren Angehörigen sind bei der laut Versailler Friedensdiktat im Jahre 1935 vorgesehenen Abstimmung 32 Personen stimmberechtigt. Der Jahresbericht fand in allen Punkten vollste Anerkennung der Versammlung. Dem Gesamtvorstand wurde volle Entlastung erteilt und für die im verflossenen Vereinsjahr geleistete Arbeit allseitige Anerkennung ausgesprochen. Für das neue Jahr wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Unter „Verschiedenem" wurden Schriftstücke von der Geschäftsstelle bekanntgegeben und Stellung dazu genommen. Weiter wurde beschlossen, den diesjährigen großen öffentlichen Vortrag mit Kundgebung unter Berücksichtigung der zurzeit hier stattfindenden vielen Vereins- pp. Feste im Spätsommer abzuhalten. Nach Erledigung der Tagesordnung schloß der 2. Vorsitzende, Landsm. Wilh. Müller, die Versammlung und es folgte der sich bis zur Feierstunde hinziehende gemütliche Teil.

Vertretertag der rheinisch-westfälischen Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine am 7. Februar 1926 in Essen. Die am 7. Februar stattgefundene Kundgebung der Ortsgruppe Essen des Bundes der Saarvereine veranlaßte den ersten Vorsitzenden derselben, Herrn Debusmann, in seiner Eigenschaft als Verbindungsmann sämtlicher Ortsgruppen des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, die Vertreter desselben zu einer Besprechung einzuladen. Nicht weniger als 42 Getreue waren dieser Einladung gefolgt, ein Beweis, wie sehr das Bedürfnis nach allgemeiner Aussprache vorhanden war, namentlich auch im Hinblick auf die Wiederaufbauarbeit, die doch nach der Franzosenherrschaft in fast allen Ortsgruppen des Bezirkes geleistet werden muß. Nach einleitenden Worten des Herrn Debusmann begann die Besprechung der Frage, wie künftig durch den Verbindungsmann die Ortsgruppen zum einheitlichen Arbeiten innerhalb des großen, von der Bundesleitung gesetzten Rahmens angeregt werden sollen. Herr Debusmann faßte seine Aufgabe dahin auf, daß er für einen regen Verkehr und Gedankenaustausch zwischen den Ortsgruppen zu sorgen habe, ohne jedoch der einzelnen Gruppe die Fühlung mit der Zentralstelle Berlin zu beschränken. Die allgemeine Aussprache ergab, daß mit Rücksicht auf die beschränkten Mittel es den kleineren Ortsgruppen nicht möglich ist, größere Kundgebungen zu veranstalten. Der Verbindungsmann soll daher einzelne Ortsgruppen in größeren Zeitabständen zusammenfassen und für geeignete Redner aus den Reihen der Mitglieder sorgen. Aus der weiteren Aussprache ergab sich ferner, daß vor künftigen Bundestagungen die Vertreter der Ortsgruppen zur Besprechung der Verhandlungsthemen zusammenkommen sollen. Es soll aber alles vermieden werden, was irgendwie zum Föderalismus führen könnte. Ganz besonders angeregt debattiert wurde über

die Frage, ob die Ortsgruppen für die spätere Abstimmung Stammrollen anlegen sollen, um jetzt schon jeden einzelnen abstimmungsberechtigten Saardeutschen feststellen zu können. Es wurde hierzu im einzelnen bemerkt, daß regierungsseitig wohl die nötigen Vorbereitungen, wie Anlegung von Kartotheken und dergl. getroffen seien. Man dürfe sich aber nicht ganz hierauf verlassen, sondern jetzt schon in den Ortsgruppen Listen über die Abstimmungsberechtigten anlegen, damit die Behörden, falls es zu einer möglicherweise früheren Austimmung kommen sollte, wirksam unterstützt werden könnten. Nicht weniger lebhaft wurde darüber debattiert, ob die Bezeichnungen Saarländer, Saargebiet als unseren Bestrebungen nachteilig anzusprechen seien. Es wurde von einzelnen Vertretern darauf hingewiesen, daß innerhalb des Deutschen Reiches noch eine bedauerliche Unkenntnis nicht allein über die geographische Lage unserer Heimat, sondern im besonderen auch über den rein deutschen Charakter der Saarbewohner Zweifel beständen. Es käme vielfach vor, daß Saardeutsche im Innerdeutschland, wenn auch scherzweise, mit Namen belegt würden, die im Saargebiet selbst nur auf die jenseits der deutschen Grenze Wohnenden angewandt würden. So unbedeutend und nebensächlich diese Tatsache auch erscheine, sei sie doch ein beachtliches Symptom für die Einstellung vieler Deutschen uns gegenüber. Es müsse daher viel mehr für Aufklärung gesorgt werden, namentlich durch die Tagespresse. Es sei daher zu empfehlen, um auch nicht den Gedanken an einen Saarstaat ungewollt zu propagieren, die Bezeichnung Saarländer, Saarland, Saargebiet zu vermeiden und nur den Ausdruck Saardeutsche anzuwenden. Sehr geklagt wurde von allen Seiten, daß die prominenten Kreise unserer Landsleute sich mit wenigen Ausnahmen unseren Bestrebungen fernhalten. Die Tätigkeit der Ortsgruppen könnte viel lebhafter und fruchtbringender sich gestalten, wenn diese Volksgenossen ihre Kräfte auch zur Verfügung stellen würden. Nachdem noch Herr Debusmann darauf hingewiesen hatte, das es Pflicht der Ortsgruppen sei, auch die Zentrale in Berlin mit den vorschriftsmäßigen Beiträgen zu unterstützen, führte er mit Recht Klage über den schlechten Bezug des „Saar-Freundes" seitens der Mitglieder in den Ortsgruppen. Er wies auf die außerordentliche Bedeutung des Bundesorganes hin und die hohen Gestehungskosten desselben und legte noch einmal allen Vertretern warm ans Herz, für den Bezug des „Saar-Freundes" mehr als bisher zu werben. Ein Hinweis noch auf die Reichszentrale für Heimatdienst, Essen, Bureauhaus „Glück-Auf", von welcher Material auch für unsere Zwecke bezogen werden kann, machte den Beschluß einer Aussprache, die außerordentlich anregend verlief und sich auf einem sehr hohen Niveau bewegte. Herr Debusmann dankte zum Schlusse allen Teilnehmern in warmen Worten. Er gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß auch künftig jeder der Anwesenden im Dienst der Heimat seinen Mann stehen wird, damit Treue mit Treue belohnt werde.

Ortsgruppe Düsseldorf des Bundes der Saarvereine. Die am 7. Januar im Vereinslokal „Zum Schloßhof" abgehaltene Versammlung war so zahlreich besucht, daß der Versammlungsraum sich als viel zu klein erwies. Als Redner für den Abend war ein alteingesessener Saarländer, Herr Rektor a. D. Kill aus Altenkessel gewonnen worden, der einen 1½stündigen Vortrag hielt über das Thema: Der Kampf um die Seele des Saargebietes. Der Redner zeigte zunächst, wie Frankreich seit fast tausend Jahren immer und immer wieder bemüht war, das Saargebiet oder Teile davon an sich zu reißen, ging dann auf die teilweise mit Erfolg gekrönten Bemühungen des Erbfeindes während der Friedensverhandlungen ein und erörterte schließlich die im Laufe der letzten 7 Jahre zutage getretenen Bestrebungen Frankreichs, die Saargebietsbevölkerung, die durch die Friedensbestimmungen äußerlich in vielseitige Abhängigkeit von der französischen Gewaltpolitik gekommen war, auch innerlich für sich zu gewinnen. Die machtvollen Kundgebungen der gesamten Bevölkerung anläßlich der in allen Ortschaften des Saargebietes abgehaltenen Jahrtausendfeiern haben bewiesen, daß unsere Brüder an der Saar einmütig entschlossen sind, am alten Vaterlande festzuhalten und sich durch nichts in ihrer Treue wankend machen zu lassen. Der letzte Versammlungsabend, der am 7. Februar stattfand, wurde eingeleitet durch einen kurzen Bericht des Vorsitzenden über den seit einigen Monaten immer deutlicher werdenden Umschwung in der französischen Saarpolitik und die dadurch bedingte Stellung Frankreichs zu der demnächst folgenden Präsidentenwahl. Darauf wurde der vom Vorstand aufgestellte Satzungsentwurf der Versammlung vorgelegt und genehmigt. Die von Fräulein Becker und Herrn Karthäuser vorgetragenen musikalischen Darbietungen gaben willkommenen Anlaß zur Gründung einer Musik- und Gesangsabteilung. Da auch bei dieser Versammlung sich das bisherige Vereinslokal als zu klein erwies, werden die Versammlungen künftig im Restaurant „Düsseldorfer Hof", früher „Hindenburg", (Ecke Graf-Adolf- und Oststraße) stattfinden. Die nächste Zusammenkunft findet daselbst (parterre, Eingang rechts) am Donnerstag, den 4. März, abends 8 Uhr statt.

Der Bund der Saarvereine, Ortsgruppe Duisburg, hielt am 14. Februar d. J. im Vereinslokal „Reichshof", Friedrich-Wilhem-Platz seine diesjährige Jahreshauptversammlung ab. Der sehr zahlreiche Besuch war ein schlagender Beweis dafür, welches Interesse die Mitglieder dem Verein entgegenbringen. Einleitend gab der 1. Vorsitzende, Kreis, je einen kurzen Ueberblick über die Tätigkeit des Vereins innerhalb der kurzen Zeit seines Wiederbestehens, die dann eine besondere Würdigung fand, durch die Ausführungen des Schriftführers Jacob, der in dem Jahresberichte betonte, daß die Ortsgruppe in kurzer Zeit ganz gute Erfolge zu verzeichnen hatte. So wurde hervorgehoben, daß die Interessen und Bestrebungen des Bundes, obwohl die Ortsgruppe fast drei Jahre durch die welsche Besatzung zur Passivität verurteilt war, dennoch lebendig geblieben sind. Neben der Pflege der landsmännischen Geselligkeit erblickt die Ortsgruppe eine ihrer Hauptaufgaben in der Aufklärung aller wahren Deutschen über das Saargebiet und die Ziele des Bundes der Saarvereine. Nach einigen Erläuterungen des Kassenführers Gerhard wurde der Kassenbericht von der Versammlung genehmigt. Der zeitige Vorstand wurde einstimmig, per Akklamation wiedergewählt. Es folgte sodann die Abwicklung der neuen Vereinssatzungen, welche vom Vorstande bereits ausgearbeitet waren, und deren Annahme von der Versammlung einstimmig beschlossen wurde. Mit dem Wunsche, daß auch in Zukunft die rege Anteilnahme das Band der Zusammengehörigkeit immer fester gestalten möge zum Wohle des ganzen Bundes und besonders der in der Heimat verbliebenen und bedrängten Landsleute, schloß der 1. Vorsitzende die Versammlung und man ging zu einer dem Tage entsprechenden Unterhaltung über, die dank der Leitung eines echten „Saarbrücker" viel Heiterkeit unter die Mitglieder brachte. Im Mittelpunkt des Unterhaltungsabends stand Frl. Decken, die mit klangvoller Stimme zwei Arien aus Figaros Hochzeit brachte, die von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen wurden. Erst in vorgerückter Stunde erreichte der Abend sein Ende.

§ **Der Saar-Verein E. V. Ortsgruppe Köln** hielt seine Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 3. Februar, im Rudolfs-Saale ab. Der erste Vorsitzende, Herr Baumüller, eröffnete die Versammlung um 8.30 Uhr mit einem gemeinschaftlichen Lied „Saarland, Saarland, du sollst deutsch sein", dessen letzte Strophe von den Teilnehmern stehend gesungen wurde. Hierauf begrüßte er mit kernigen Worten die Anwesenden und hob die besondere Bedeutung der Befreiung Kölns hervor. Die englische Flagge ist eingezogen, die erste Zone ist geräumt und wir sind frei. Endlich beginnt für uns im Verein die richtige Arbeit. Bis jetzt mußten wir uns hinsichtlich der freien Aussprache über unsere Ziele und Zwecke manchen Zwang auferlegen. Diese Zeit der Ueberwachung und der Knebelung ist nun hoffentlich für immer vorbei. Mit dem Wunsche, daß auch die zweite und dritte Zone und ganz besonders unser geliebtes Saarland recht bald von fremder Knechtschaft frei werden möge, wurde in das Deutschlandlied begeistert und mit voller Brust eingestimmt. Nachdem der geschäftliche Teil gegen 10½ Uhr zu Ende war, gingen wir zur gemütlichen Unterhaltung über. Unser Vereinsorchester, das aus dem jeweiligen anwesenden Klavierspieler besteht, sorgte für die übliche musikalische Unterhaltung. Allerorts wird die lustige Zeit des Karnevals gefeiert, das wollen auch unsere Saarschwestern und Brüder nicht sang- und klanglos vorübergehen lassen. In diesem Sinne verlief auch der Abend. Unser unermüdlicher Vergnügnugs- und Vortragsmeister, Herr Sellgrad, erfreute uns durch einen humorvollen Gesangsvortrag. Es ist nur tief bedauerlich, daß die Versammlungen nicht besser besucht werden. Wie gemütlich plaudert es sich doch mit seinen Landsleuten, ein jeder findet hier seine Gesellschaft und wird freudig aufgenommen. Die kommenden Versammlungen werden manches Neue zur Belehrung und Unterhaltung bringen. Darum kommt alle und helft mitarbeiten an unseren Bestrebungen zum Wohle unserer engeren Heimat, des Saarlandes und des gesamten deutschen Vaterlandes.

§ **Aus dem Vereinsleben der Ortsgruppe Frankfurt-M. des Saarvereins.** Die Vereinstätigkeit hat mit der Generalversammlung am 2. Januar einen kräftigen Anlauf genommen, um die durch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und anderer der Vereinstätigkeit nicht förderlicher Umstände zu überwinden. Diesem Ziele soll eine intensive schriftliche Vereinstätigkeit und die unentgeltliche Verteilung unserer Saar-Drucksachen, sodann die innigere Verbindung mit den andern Gruppen der Grenzlandvereine dienen, wie sie schon mit dem Verein der Ost- und Westpreußen, sowie den Schleswig-Holsteinern im engeren und der Arbeitsgemeinschaft der Frankfurter Verbände bestehen. In diesem Sinne setzte bereits die gemeinsame Weihnachtsfeier am 2. Januar ein, ihr folgte am 16. Januar die Generalversammlung. Die Festansprachen hatten zur Grundlage die himmlische Weihnachtsmahnung: „Friede den Menschen auf Erden, die guten Willens sind", und gaben eine lichtvolle Darstellung über die

Folgen eines Zusammenlebens der Völker, Volksstämme, Parteien, ohne den guten Willen der gegenseitigen Achtung und der Verständigung. Die geheimen Vorbereitungen zum Kriege gegen Deutschland und seinen Bundesfreund, der vorbedachte Kriegsausbruch und die wohlvorbereitete Zertrümmerung und die Vernichtung Deutschlands, die schändliche Kriegspropaganda und endlich die wortbrüchige Ausnutzung der deutschen Waffenniederlegung und erst recht die falschen Behauptungen von der Alleinschuld Deutschlands am Kriege, wurden als Beweise ausgesucht schlechten Willens gebrandmarkt. Seine noch stärkere Auswirkung fand Redner in dem Bruch der Waffenstillstandsbedingungen, dem schändlichen Friedensdiktat, die lange und harte Besetzung deutschen Landes, dem Ruhreinbruch und der dadurch herbeigeführten Verelendung des Deutschen Volks und seiner Wirtschaft. Diese haßerfüllten Bestrebungen haben besonders unsere Saarheimat und ihre Bewohner in eine sehr schwierige Lage gebracht, führte der Redner aus, indem die Friedensmacher außer andern schändlichen Mitteln ihretwegen sogar zur Fälschung griffen. An der Hand der Giersbergschen Schrift „Die Saarlüge" erläuterte der Vortragende auf Grund eigner Wahrnehmungen diesen schamlosen Völkerschwindel in seiner ganzen Häßlichkeit und Schande für die daran beteiligten sogenannten Friedensunterhändler und Staatsmänner? Diesen Friedensbedingungen, welche die ganze Welt zu verelenden drohen, stellte der Redner die wahren Friedensbestrebungen der deutschen Regierung gegenüber, die nach langen, vom guten Willen zur Verständigung getragenen Verhandlungen, in dem Uebereinkommen von Locarno und dem Vertrag von London ihren ersten Ausdruck fanden. Der hierbei maßgebende gute Wille scheint jedoch, kaum zum Ausdruck und zur Anwendung gekommen, schon neuen Beeinträchtigungen, Abschwächungen oder Abbröckelungen ausgesetzt zu sein. Auch im deutschen Volk und seinen Vertretungen selbst vermag der gute Wille zur Einigkeit und gegenseitiger Verständigung zum Wiederaufbau, selbst in unserer zur Einigkeit gewiß zwingenden Notlage nicht durchzudringen. Mangel am guten Willen und Mangel an gegenseitigem Vertrauen und Verstehen treten leider überall hervor und belasten unser politisches, wie wirtschaftliches Leben sehr schwer. Die aus den abgetretenen oder bedrohten Grenzgebieten vertriebenen Volksgenossen finden kein vom guten Willen getragenes Entgegenkommen. Trotzdem dürfen wir die Zuversicht nicht verlieren, daß die Regierungen ihren guten Willen endlich durchsetzen und in das Staatsgetriebe sowohl wie das Wirtschaftsleben wieder Ordnung und Zucht, Rechtschaffenheit und Rechtsachtung, sowie gegenseitige Achtung, Vertrauen und anständige Duldung hineinbringen und mit gutem Beispiel vorangehen. — Diese Ausführungen fanden sehr lebhaften Beifall und die Versammlung beschloß spontan, diese Rede vervielfältigen und sie nebst der Giersbergschen Schrift „Die Saarlüge" an die Mitglieder des Saarvereins, an die Vorstände der befreundeten Grenzlandvereine und die angeschlossenen Verbände in Frankfurt am Main unentgeltlich verteilen zu lassen. — Der bisherige Vorstand wurde gebeten, die Geschäfte auch im neuen Vereinsjahr fortzuführen. Dem Vorstand gehören an: Die Herren Schiffbauer und Dr. v. Kraewel, Vorsitzende, die Herren Dr. Schrack und Müller, Schriftführer, Herr Hausen als Schatzmeister und die Herren Meyer, Tatsch, Kaegler und E. Reitler als Beisitzer. Die Kooptationsbefugnis des Vorstandes bleibt bestehen. — Am 7. Januar war die Ortsgruppe in großer Zahl bei dem Lichtbildervortrag des Vereins der Ost- und Westpreußen „Der Deutsche Osten" stark vertreten. — Am 13. veranstaltete die Ortsgruppe selbst wieder einen der Befreiung eines Teiles der Heimatprovinz von der feindlichen Besatzung dienenden Festabend, einen rheinischen Abend. Die Beteiligung der Mitglieder, wie die der befreundeten Vereine war groß und brachte einen gefüllten Saal; der Verlauf war sehr erfreulich. Der Lichtbildvortrag des neuen Vorstandsmitgliedes, Dipl.-Ing. Reitler, „Der Rhein", das weitere Programm von Rheinliedern, Musik- und Gesangsvorträgen, bot in seiner Vielfältigkeit und der Kunstfertigkeit der Vortragenden einen hohen Genuß. Herr Obervostinspektor Anschütz, eines der ersten Opfer brutaler französischer Beamtenbehandlung in Saarbrücken, verstand es, das lebhafteste Interesse der Gäste an den Vorgängen im Saargebiet zu fesseln. Das „befreite Köln", ein kunstvoll ausgeführtes Wandgemälde von Justus Tatsch aus Neunkirchen, wurde sehr bewundert. Alles in allem ein schöner Festabend und ein erfolgreicher in der Belebung des Interesses für unsere Ziele, zur Erhaltung der Einigkeit in unserem vaterländischen Streben. In der nächsten Monatsversammlung sollen eine Anzahl wertvoller Schriften an die Anwesenden verlost werden.

Bücherschau.

Zur besonderen Beachtung.

Erschienen ist das mit großer Spannung erwartete Werk **„Geschichte des Kreises Merzig"**, herausgegeben von Schulrat **Kell.**

Es schien uns verdienstvoll, bei in Augenscheinnahme dieses bedeutenden und wirkungsvoll gestalteten Werkes, die Aufmerksamkeit unserer gesch. Leser auf dasselbe zu lenken.

In klarer Uebersicht ermöglicht diese Neuerscheinung nicht nur dem gebildeten, sondern auch dem schlichten Manne des Volkes den Spuren der Vergangenheit nachzugehen, um so die Gegenwart, das Gewordene zu verstehen. Unwillkürlich wird der Leser das so herrliche Fleckchen deutscher Erde, in das wir hineingeboren sind, wertschätzen und so stark lieben lernen, daß er lockenden Versuchungen widerstehe und festhalte an dem Erbe der Väter.

Weit zurück in die graue Vorzeit führt uns das Werk und erzählt in überaus angenehmer Sprache das Wirken und das Los unserer Vorfahren. Neben der politischen Geschichte, auf deren übersichtliche Darstellung großes Gewicht gelegt wurde, ist insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung der letzten hundert Jahre eingehend dargestellt. Der Ortsgeschichte wurde besondere Sorgfalt gewidmet.

Das Werk umfaßt 519 Seiten (Kunstdruckpapier); es enthält ein dreifarbiges Titelbild, drei mehrfabrige Karten, eine synchronistische Tabelle, reiches statistisches Material und 70 meist ganzseitige Abbildungen von Kunstwerken, geschichtlichen Denkmälern und landschaftlich hervorragenden Punkten des Kreises Merzig. Ein Ortsverzeichnis erleichtert die Zusammenstellung der Ortsgeschichte. Das Buch ist in Ganzleinen gebunden und vornehm ausgestattet.

Der vom Verlag (Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G., Saarbrücken) auf RM 12.— festgesetzte Preis ist für dieses Prachtwerk wirklich bescheiden zu nennen, und ist die Anschaffung desselben sehr zu empfehlen.

*

Deutsche Not am Rhein, in Ost und Süd

unter diesem Titel läßt der bisherige deutsche Notbund gegen die schwarze Schmach und die Bedrückung der besetzten Gebiete, eine — diesmal zwölfseitige — Sonderveröffentlichung erscheinen.

Ausgehend von der andauernd schwersten Bedrückung der besetzeten Gebiete, erweist das Blatt seine ganz besondere Eigenart und seinen außerordentlichen Wert durch die scharf umrissene Behandlung des ganzen Komplexes deutscher Schicksalsfragen in der Beleuchtung durch Urteile ausländischer Politiker.

Jene weiten deutschen Kreise, denen ein eingehendes Studium dieser großen, auch ihre Existenz mitbestimmenden Probleme nicht möglich ist, erhalten hier durch unanfechtbare Wahrheitszeugen eine schlaglichtartige Aufhellung der umstrittenen Fragen in knappester und anregendster Form.

Eine novellistische Skizze von E. Lilientahl „Miß Brown sucht den Schuldigen" bereichert den Inhalt auch künstlerisch.

Das nicht zuletzt zur Aufklärung auch des Auslandes bestimmte Blatt ist von der Geschäftsstelle des Deutschen Notbundes, München, Finkenstraße 2, gegen Einsendung von 20 Pfg. zu beziehen. Eine englische und spanische Ausgabe sind in Vorbereitung.

Auflösung

des Rösselsprungs aus Nr. 4 des „Saar-Freund":

Heimat.

Blühende Felder in sonnigem Schein,
Hänge grüngolden beladen mit Wein,
Rauschende Wälder in seltener Pracht,
Schlösser und Burgen auf felsiger Wacht,
Stätten der Arbeit in feuriger Glut,
Ragende Höhen und schäumende Flut,
Dörfer und Städte in lieblicher Rund,
Menschenschlag arbeitsam, derb und gesund,
Deutschtum im Herzen ergeben und wahr,
Heimat! Ich liebe dich, Land an der Saar!

Briefkasten.

Von **Sch. in M. 27** M. 5.— mit bestem Dank erhalten.

„Wir verweisen unsere Leser, insbesondere diejenigen der Berliner Ortsgruppe, auf das heutige Inserat der Neuen Gothaer Lebensversicherungsbank A.-G., und empfehlen allen unseren Mitgliedern, sich in Versicherungsfragen jeder Art an das genannte Institut zu wenden, wo ihnen bereitwilligst und gänzlich unverbindlich jede gewünschte Auskunft gern zuteil wird. Unseren Berliner Mitgliedern steht zur Beratung unser Landsmann, Herr Hauptman a. D. E. Braun, von der Hauptgeschäftsstelle für Preußen, Berlin SW 68, Zimmerstraße 87, Telephon: Zentrum 2651, zur Verfügung."

Neue Gothaer Lebensversicherungsbank A.G.

Wertbeständige Lebensversicherungen

mit und ohne ärztliche Untersuchungen, aufgebaut auf den nahezu 100jährigen Erfahrungen der Gothaer Lebensversicherungsbank

*

Versicherungen zum Selbstkostenpreise
Die gesamte Dividende fließt den Versicherungsnehmern zu
Die Gothaer Banken versichern alle Sparten

*

Unverbindliche Auskunft und kostenlose Beratung erteilt:
Neue Gothaer Lebensversicherungsbank A.G.
Hauptgeschäftsstelle für Preußen:
Karl Straube, Berlin SW 68, Zimmerstraße 87 I
Telefon: Zentrum 2651 u. 2662.

Neu erschienen!

„Deutsch die Saar immerdar"

Was jeder Deutsche vom Saargebiet und vom „Bund der Saar-Vereine" wissen muß

Unter diesem Motto hat der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein", Verwaltungsdirektor **Th. Vogel-Berlin**, ein Merkblatt mit zahlreichen prächtigen Kupfertiefdruckbildern und einer Karte des Saargebietes herausgegeben. Diese Druckschrift kann den Lesern des „Saar-Freund" nur aufs wärmste empfohlen werden.

Preis RM. 1,—.

Zu beziehen durch die

Geschäftsstelle „Saar-Verein"
Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 94 II.

Das deutsche Saargebiet unter der Fremdherrschaft

von Otto Andres.

Von der **Geschäftsstelle „Saar-Verein"**, Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 94 II, **zum Preise von 1,— Mk.** zu beziehen.

Jeder Deutsche muß Mitglied des Bundes „Saar-Verein" sein!

Anmeldungen bei der

Geschäftsstelle „Saar-Verein", Berlin SW 11

Königgrätzer Straße 94 II als Einzelmitglieder oder bei den zahlreichen Ortsgruppen in 90 Städten des Deutschen Reiches.

Vertriebene aus Elsaß-Lothringen

müssen in ihrem eigensten Interesse stets die

„Elsaß-Lothringischen Mitteilungen"

lesen, die über alle Verdrängungs- und Liquidationsschäden berichten und auch kulturelle Fragen, elsaß-lothringische Erzählungen und Romane bringen.

Probenummern und Bestellungen zum Preise von

70 Pfennig monatlich

bei der Expedition der „Elsaß-Lothringischen Mitteilungen"
Freiburg i. B., Röderstr. 12.

Die im vierten Jahrgang erscheinende illustrierte Monatszeitschrift

Elsaß-Lothringen Heimatstimmen

herausgegeben im Auftrage der Alt-Elsaß-Lothringer im Reich von

Dr. Rob. Ernst,

unterrichtet sachkundig über Elsaß-Lothringens Geschichte, Politik, Literatur und Wirtschaft.

Probeheft jederzeit unberechnet von der Vertriebsstelle.

*

Postbezug vierteljährlich (durch die zuständige Postanstalt)	1,80 M.
Streifbandbezug vierteljährlich	2,10 M.
Auslandsbezug halbjährlich	5,00 M.

(Bestellungen für Streifband- und Auslandsbezug an die Vertriebsstelle.)

Schriftleitung, Vertriebsstelle, Anzeigen-Annahme:
Berlin W. 30, Postschließfach Nr. 5.

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder". Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreisliste S 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 94, Fernsprech-Anschluß: Amt Hasenheide 3243. — Bezugspreis monatlich: 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postscheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 665 36 oder auf Deutsche Bank, Depositenkasse O, Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein" mit dem Vermerk „Saar-Freund" erbeten. — Für die Schriftleitung verantwortlich: Kurt Meurer, Berlin.

Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein", Berlin SW 11, Königgrätzer Straße 94; Druck: Deutscher Schriftenverlag, Berlin SW 11.